

Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens

St.S. 16 /65 streng geheim

23. Februar 1965

Betr.: Israel

Am 23. Februar fand bei dem Herrn Bundeskanzler eine Besprechung statt, an der außerdem teilnahmen: Staatssekretäre Carstens und Gumbel, Ministerialdirektor Mercker. Als ich hinzukam, war das Gespräch schon im Gange. Der Herr Bundeskanzler faßte den bisherigen Gesprächsverlauf wie folgt zusammen:

Hinsichtlich der bereits gelieferten 60 deutschen Panzer sei festgestellt worden, daß die ersten 40 mit Waffen, Motor usw. in Rotterdam auf ein israelisches Schiff verladen worden seien für einen Empfänger in Genua¹. In Genua seien die Panzer jedoch nicht ausgeladen worden, sondern sie seien unmittelbar weiter nach Israel verschifft worden. Die nächsten 20 Panzer seien im Januar 1965 verladen worden. Sie befänden sich zur Zeit in Italien und warteten dort auf ihre Umrüstung.² Die neuen Waffen und³ Geräte, die aus Amerika beschafft werden müßten, trafen erst im August d.J. ein. Bis dahin könnten also die Panzer nicht umgerüstet werden. Auch in der Folgezeit würden die amerikanischen Waffen und Geräte nur so langsam eintreffen, daß monatlich damit höchstens 10 bis 15 Panzer umgerüstet werden könnten.

Im weiteren Verlauf des Gesprächs stellte ich die Frage, wie das Geschäft eigentlich zustande gekommen sei.⁴ Herr Gumbel erklärte, daß sich darüber keine Unterlagen im Verteidigungsministerium befänden.

Unter dieser Prämisse entwickelte ich folgende Arbeitshypothese:

Vielleicht könne man davon ausgehen, daß das Geschäft über die Lieferung von Panzern überhaupt nicht direkt zwischen uns und Israel, sondern nur durch Vermittlung der Amerikaner zustande gekommen sei, und zwar in der Weise, daß jeweils wir und die Israelis den Amerikanern gegenüber die zum Zustandekommen des Geschäfts erforderlichen Erklärungen abgegeben hätten. Wenn das so wäre – was ich für äußerst günstig halten würde – könnten wir uns auf den Standpunkt stellen, daß die Erklärung McNamaras gegenüber dem Bundeskanzler Bestandteil der Absprachen zwischen uns und Israel war. McNamara habe am 13. Juni 1964 zu dem Herrn Bundeskanzler gesagt, das Geschäft müsse geheim bleiben. Den Israelis sei gesagt worden, daß, sobald etwas bekannt würde, das Geschäft beendet sein würde. McGhee habe am 22. Februar 1965 in einem Gespräch mit dem Herrn Minister bestätigt, daß diese Erklärung McNamaras gültig sei, einerlei, ob die Indiskretion auf israelisches

¹ Dieses Wort wurde von Bundesminister Schröder unterschlängelt.

² Zum Stand der Panzerlieferungen an Israel vgl. Dok. 88.

³ Die Wörter „Waffen und“ wurden von Staatssekretär Carstens handschriftlich eingefügt.

⁴ Zur Absprache über die Lieferungen amerikanischer Panzer durch die Bundesrepublik und zu den vereinbarten Modalitäten vgl. Dok. 39, Anm. 6.

Verschulden zurückgehe oder nicht.⁵ Damit habe sich McGhee von Äußerungen distanziert, die Harriman Botschafter Knappstein gegenüber gemacht habe.⁶ Wenn sich die Angelegenheit so verhielte, könnten wir uns den Israelis gegenüber mit Fug und Recht auf den Standpunkt stellen, daß das Geschäft beendet sei.⁷

Zu Herrn Gumbel gewandt sagte ich, es komme unter diesen Umständen entscheidend darauf an, eindeutig zu erfahren, was zwischen den Israelis und den Herren des Verteidigungsministeriums abgesprochen worden sei. Irgend etwas müsse ja abgesprochen worden sein, denn von selbst würden die Panzer nicht auf ein israelisches Schiff in Rotterdam gelangt sein. Herr Gumbel erklärte, es sei richtig, daß Vereinbarungen über die Auslieferung von 20 Panzern pro Monat getroffen worden seien. Er meinte, daß Herr Knieper diese Vereinbarungen getroffen habe. Ich bat dringend, die in Frage kommenden Beamten und Offiziere des Verteidigungsministeriums zu veranlassen, aus der Erinnerung Aufzeichnungen über ihre Gespräche mit den Israelis anzufertigen. Wir müßten dies wissen, bevor wir mit den Israelis sprächen.

Herr Gumbel bat darum, die Sache nicht im Kabinett zu erörtern, da sie zu heikel sei. Ich schlug vor, dann aber in jedem Falle Herrn Minister Scheel zu unterrichten. Der Herr Bundeskanzler stimmte beidem zu.

Auf meine Frage bestätigte Herr Gumbel, daß zur Zeit und bis auf weiteres keine Panzer ausgeliefert würden.⁸ Die letzte Auslieferung sei im Januar 1965 erfolgt.

Hiermit dem Herrn Minister⁹ vorgelegt.

Carstens

VS-Bd. 8420 (Ministerbüro)

⁵ Vgl. Dok. 89.

⁶ Vgl. Dok. 74.

⁷ Zu den Bemühungen der Bundesregierung um Ersatz für die eingestellten Waffenlieferungen vgl. Dok. 113.

⁸ Vgl. dazu auch die handschriftliche Notiz des Bundesministers Schröder über die Sitzung des Bundeskabinetts vom 17. Februar 1965; Dok. 88, Anm. 14.

⁹ Hat Bundesminister Schröder am 24. Februar 1965 vorgelegen.

**Gespräch des Bundeskanzlers Erhard
mit dem britischen Botschafter Roberts**

Z A 5-30.A/65 geheim

23. Februar 1965¹

Der Herr Bundeskanzler empfing am 23. Februar 1965 um 17.00 Uhr den britischen Botschafter Sir Frank Roberts zu einem Gespräch, an dem Herr Ministerialdirektor Dr. Mercker und Herr Ministerialdirigent Dr. Osterheld teilnahmen.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte einleitend, wie er gehört habe, fänden derzeit Verhandlungen über militärische Käufe² statt.

Der *Botschafter* antwortete, es handle sich hierbei um Vorhaben für die Zukunft, und es würden Möglichkeiten der Zusammenarbeit erörtert, die sich auf die nächsten drei, vier oder fünf Jahre erstreckten.

Wie der Herr *Bundeskanzler* sagte, sei er betrübt gewesen, daß die Lufthansa so unnötige Eile an den Tag gelegt habe.³ Er selbst könne sich kein Urteil über die Frage erlauben, doch habe er mit Premierminister Wilson darüber gesprochen, daß eine Sachverständigenkommission die Sache prüfen solle.⁴ Die Lufthansa hätte in fairer Weise die Bundesregierung unterrichten müssen.

Der *Botschafter* bemerkte, die britische Regierung sei enttäuscht und verstehe nicht, warum die Lufthansa es so eilig gehabt habe.

Der Herr *Bundeskanzler* versicherte, daß er hinter der Sache her sei, doch sei die Rechtslage sehr schwierig. Der Herr Bundeskanzler bemerkte weiter, er habe von einem deutschen General gehört, daß die Engländer ein sehr gutes Amphibienfahrzeug entwickelt hätten.

Der *Botschafter* bestätigte dies und wies außerdem darauf hin, daß die für die Zivilverteidigung zuständigen Stellen auch großes Interesse für den englischen Landrover gezeigt hätten. Dieses Fahrzeug habe sich bereits beim Bundesgrenzschutz sehr gut bewährt. Das Fahrzeug sei vor einigen Tagen Sachverständigen der Zivilverteidigung vorgeführt worden. Man sei nicht ohne Sorge über die Durchführung des derzeitigen deutsch-englischen Ausgleichsabkommens, denn obwohl es nirgends an gutem Willen fehle, sei es bisher, am Ende des ersten Jahres der Laufzeit, nicht gelungen, mehr als ein Drittel des Abkommens abzuwickeln.

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Weber am 25. Februar 1965 gefertigt.

² Zum deutsch-britischen Devisenausgleichsabkommen vom 27. Juli 1964 vgl. Dok. 13, Anm. 16, 17 und 18.

³ Zu den Gesprächen über einen Erwerb britischer Flugzeuge vom Typ BAC 1-11 durch die „Lufthansa“ vgl. Dok. 13, Anm. 18 und 19.

Am 19. Februar 1965 gab die „Lufthansa“ die Entscheidung zugunsten des Ankaufs des amerikanischen Flugzeugs „Boeing 737“ bekannt. Vgl. dazu THE TIMES, Nr. 56251 vom 20. Februar 1965, S. 10. Vgl. dazu auch FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 44 vom 22. Februar 1965, S. 15.

⁴ Vgl. Dok. 47, besonders Anm. 23.

Der Botschafter erinnerte daran, daß man sich vor einigen Jahren, als die Angelegenheit vor die NATO gebracht worden sei, einem besondern Zahlungsbilanzproblem gegenübergesehen und deswegen auch die Hilfe der NATO erbeten habe.⁵ Als das derzeitige deutsch-englische Abkommen unterzeichnet worden sei, hätten die Engländer kein außergewöhnliches Zahlungsbilanzproblem gehabt. Die Schwierigkeiten seien allgemeiner Art und ergäben sich aus der Tatsache, daß die in der ganzen Welt stationierten britischen Streitkräfte Kosten von jährlich 350 Millionen Pfund verursachten. Das Abkommen habe zum Ziele gehabt, ähnlich wie das von den Deutschen mit den Amerikanern abgeschlossene Abkommen⁶, auf beiden Seiten Bemühungen und einen Kostenausgleich zu fördern. Bei den Amerikanern gehe das leichter, weil ein großer Teil der militärischen Ausrüstungsgegenstände von den USA bezogen würden.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, er habe Premierminister Wilson in London gefragt, was er von einer Dreieckscombination Großbritannien-Frankreich-Deutschland halte, und die Antwort sei positiv gewesen.

Wie der *Botschafter* sagte, gebe es hierzu mehrere Möglichkeiten. In diesem Zusammenhang erwähnte er das Projekt der Concorde⁷, an dem vielleicht auch die Deutschen und die Italiener interessiert seien. Dieses Projekt könnte möglicherweise für Europa von Nutzen sein. Auch die Franzosen hielten es nicht für ausgeschlossen, das Projekt in einem größeren europäischen Rahmen zu verwirklichen. Offiziell sei darüber noch keine Verlautbarung erfolgt, doch eine grundsätzliche Bereitschaft dazu bestehe durchaus. Der Botschafter erwähnte in diesem Zusammenhang, daß der britische Minister für die Zivilluftfahrt, Herr Jenkins, in einem Schreiben an Herrn von Hassel verschiedene Fragen angeschnitten habe, die er mit ihm zu erörtern wünsche.

Auf die Frage des Herrn *Bundeskanzlers*, wer mit Premierminister Wilson nach Bonn komme⁸, antwortete der *Botschafter*, Herr Wilson werde von dem Außenminister⁹ und von dem Chief Secretary¹⁰, das heißt dem stellvertretenden Finanzminister begleitet werden, der Gespräche mit Herrn Dahlgrün zu führen beabsichtige. Verteidigungsminister Healey werde nicht mitkommen, da es für besser gehalten werde, wenn er die in seine Zuständigkeit fallenden Probleme bei einem getrennten Besuch¹¹ mit Herrn von Hassel behandle.

⁵ Vor dem Hintergrund des britischen Zahlungsbilanzdefizits in Höhe von 344 Mrd. Pfund Sterling – der schlechtesten Bilanz seit 1951 – beantragte Großbritannien am 24. Juli 1961 im Ständigen NATO-Rat finanzielle Unterstützung bei der Begleichung der durch die Stationierung von Streitkräften in der Bundesrepublik verursachten Kosten. Am 30. Oktober 1961 bestätigte der Ständige NATO-Rat, daß der Antrag auf Devisenhilfe gerechtfertigt sei. Vgl. den Artikel „Economic Survey's Warning on Need for Competitive Exports“: THE TIMES, Nr. 55 048 vom 6. April 1961, S. 4.

⁶ Für den Wortlaut des deutsch-amerikanischen Devisenausgleichsabkommens vom 11. Mai 1964 vgl. VS-Bd. 5052 (III A 5); B 150, Aktenkopien 1964. Vgl. dazu auch BULLETIN 1964, S. 689f.

⁷ Im November 1962 vereinbarten Großbritannien und Frankreich die gemeinsame Entwicklung des Überschall-Verkehrsflugzeugs „Concorde“.

⁸ Zum Besuch des britischen Premierministers am 8./9. März 1965 vgl. weiter Dok. 122.

⁹ Michael Stewart.

¹⁰ John Diamond.

¹¹ Der britische Verteidigungsminister hielt sich am 8./9. April 1965 zu Gesprächen in Bonn auf. Für das Communiqué vgl. BULLETIN 1965, S. 517.

Der Herr *Bundeskanzler* fragte sodann, ob die Meldungen zuträfen, daß eine Ablösung von Lord Cromer möglich sei.

Der *Botschafter* hielt eine solche Möglichkeit nicht für sehr wahrscheinlich und bemerkte, Lord Cromer habe die Regierung in einer Rede kritisiert¹², was von einigen Abgeordneten mit sehr großem Mißfallen aufgenommen worden sei.

Auf das Besuchsprogramm eingehend sagte der Herr *Bundeskanzler*, er würde sich freuen, wenn am 7. März abends bereits ein Gespräch im kleinen Kreis stattfinden könnte, wobei er nur an die beiden Regierungschefs, die beiden Außenminister und die beiden Botschafter¹³ denke. Was die Themen angehe, so sollte man vielleicht nicht gleich mit dem Ausgleichsabkommen anfangen. Was die ANF¹⁴ angehe, so habe man vor den Wahlen Schwierigkeiten, in dieser Angelegenheit weiterzukommen.

Der *Botschafter* warf ein, daß sich die Sachverständigen und Beamten trotzdem über das Thema unterhalten könnten.

Wie der Herr *Bundeskanzler* bemerkte, müsse die ANF unter zwei oder drei Aspekten gesehen werden: dem militärisch-technischen, dem strategischen und dem politischen. Er persönlich glaube, daß sich die militärische und strategische Situation nicht geändert habe. Europa, und dazu zähle er auch das Vereinigte Königreich, sei nach wie vor durch die von den Sowjets an ihrer Westgrenze aufgestellten Mittelstreckenraketen bedroht. Diese Bedrohung bleibe auch bestehen und somit auch die Frage, wie man dieser Bedrohung eine wirksame Abschreckung entgegensezze.

Der *Botschafter* bemerkte, wenn man in der Angelegenheit nichts tue und keine Lösung finde, könnten sich daraus auch Schwierigkeiten für die NATO ergeben. Deswegen sollte eine Regelung angestrebt werden, welche die Einheit der Allianz befestige und gleichzeitig die Amerikaner in Europa halte.

Nach Auffassung des Herrn *Bundeskanzlers* ließen im Augenblick die Amerikaner auch keine übergroße Begeisterung erkennen.

Der *Botschafter* bemerkte jedoch, daß die Amerikaner daran interessiert seien. Die jetzigen Vorschläge und Anregungen, darunter auch ein deutsches Papier¹⁵, könnten von den Sachverständigen durchaus weiter diskutiert werden.

Der Herr *Bundeskanzler* unterstrich, daß deutscherseits noch keine verpflichtende Entscheidung gefallen sei.

Der *Botschafter* sagte, seine Regierung hoffe, daß die Beamten der fünf inter-

¹² Am 15. Februar 1965 führte der „Governor of the Bank of England“, Lord Cromer, in einer Rede in Edinburgh aus, die britischen Staatsausgaben müßten unverzüglich eingeschränkt werden. Für diese Äußerung wurde Lord Cromer seitens der Labour Party angegriffen. Vgl. dazu den Artikel „L[or]d Cromer's Warning on Economy“; THE TIMES, Nr. 56247 vom 16. Februar 1965, S. 12.

¹³ Hasso von Etzdorf und Frank K. Roberts.

¹⁴ Zum britischen Vorschlag einer ANF vgl. Dok. 20, besonders Anm. 9–12.

¹⁵ Für die Stellungnahme der Bundesregierung zum britischen ANF-Vorschlag vgl. Dok. 21.

essierten Länder die Sache weiter prüften. Die Kanadier seien ebenfalls daran interessiert¹⁶, da sie auch Streitkräfte in Europa unterhielten.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte hierzu, die Kanadier seien immer atlantisch orientiert gewesen. Die MLF sei ausgesprochen zur Verteidigung Europas konzipiert gewesen.¹⁷

Der *Botschafter* hielt es für wichtig, die Frage nicht einfach wegzuschieben, sondern in weiteren Gesprächen zu behandeln, wobei man sich jedoch völlig darüber im klaren sei, daß die Bundesregierung derzeit keine Entscheidung treffen könne.

Der Herr *Bundeskanzler* unterstrich, daß man sich deutscherseits auch gar nicht gegen Gespräche wehre. Er habe auch de Gaulle gesagt, die Angelegenheit könne bilateral weiter behandelt werden.¹⁸

Der *Botschafter* meinte, für Frankreich sollte immer eine Tür offen bleiben. Demgegenüber vertrat der Herr *Bundeskanzler* die Auffassung, daß sich de Gaulle niemals auf einen reservierten Stuhl setzen werde. Wenn alle auf einem Küchenhocker säßen und für de Gaulle einen Prunkstuhl reserviert hätten, würde er doch nein sagen. Er habe den Eindruck, daß die Amerikaner de Gaulle von Anfang an etwas stärker binden wollten.

Sodann wurde noch einmal über das Besuchsprogramm von Herrn Wilson gesprochen und festgestellt, daß der offizielle Empfang am Montag stattfinde.¹⁹ Für Montag vormittag könnten dann Gespräche unter vier Augen zwischen den beiden Regierungschefs, den beiden Außenministern und den beiden Finanzministern vorgesehen werden, die parallel laufen könnten. Der Premierminister werde am Dienstag gegen Mittag von Wahn wieder abfliegen und vorher in Bonn noch eine Pressekonferenz geben.²⁰

Auf die Frage des Herrn *Bundeskanzlers*, wie man britischerseits die Lage im Nahen Osten beurteile, antwortete der *Botschafter*, die britische Regierung habe auch Schwierigkeiten im Nahen Osten gehabt²¹, und sie übe deshalb auch keinerlei Kritik, weil sie die Rolle auch nicht immer so glänzend gespielt habe. Der Botschafter wies darauf hin, daß der britische Botschafter in Kairo²² am gleichen Tage wie der deutsche Botschafter mit Nasser zusammengetroffen²³ sei und bei der Gelegenheit ihm auch schon den britischen Standpunkt dargelegt habe. Inzwischen seien alle britischen Botschafter in arabischen Ländern angewiesen worden, jede Gelegenheit zu benutzen, um den jeweiligen Regierungen die britische Haltung in der Deutschland-Frage darzu-

¹⁶ Zur kanadischen Haltung zur ANF vgl. Dok. 11.

¹⁷ Zur geplanten MLF vgl. Dok. 20.

¹⁸ Für das Gespräch vom 20. Januar 1965 vgl. Dok. 26.

¹⁹ Vgl. dazu auch den Artikel „Erhard dankt Wilson für seine Worte in Berlin“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 57 vom 9. März 1965, S. 1.

²⁰ Premierminister Wilson hielt am 6. März 1965 eine Pressekonferenz in Berlin ab. Vgl. dazu Dok. 143, Anm. 15.

²¹ Zur Suez-Krise 1956 vgl. Dok. 112, besonders Anm. 17.

²² George Middleton.

²³ Für das Gespräch des Botschafters Federer, Kairo, mit dem ägyptischen Präsidenten am 31. Januar 1965 vgl. Dok. 48.

legen und darauf hinzuweisen, daß die britische Regierung nur eine deutsche Regierung anerkenne. Die arabischen Regierungen seien von britischer Seite auch aufgefordert worden, sich zu überlegen, ob es nicht besser wäre, die Beziehungen zur Bundesrepublik nicht zu gefährden.²⁴

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, die derzeitige Situation sei äußerst schwierig und komme einer Quadratur des Kreises gleich. Die Schwierigkeit ergebe sich daraus, daß Deutschland ein geteiltes Land mit einem geteilten Volk sei, so daß der eine Teil gegen den anderen ausgespielt werden könne. Obgleich man niemals Konflikte mit der arabischen Welt gehabt habe, sei man nunmehr in diese Konfliktsituation hineingeraten, die man nicht einfach dadurch lösen könne, daß man das Abkommen mit Israel²⁵ breche. Andererseits könne man es sich auch nicht gefallen lassen, daß Ulbricht wie ein Staatschef empfangen werde.²⁶

Der *Botschafter* sagte, seine Regierung glaube nicht, daß Nasser eine Anerkennung der SBZ vollziehen werde. Nichtsdestoweniger bleibe die Situation schwierig.

Der Herr *Bundeskanzler* meinte scherhaft, wenn sich die Bundesregierung am zweiten Fünfjahresplan nicht beteilige²⁷, hätten die Engländer eine große Chance, dort einzuspringen.

Auf die Frage des Herrn Bundeskanzlers nach der Lage im Jemen²⁸ führte der *Botschafter* aus, die Situation habe sich dort nicht geändert. Die Ägypter hätten dort etwa 40 000 Soldaten, und die Stellung der Regierung sei nicht gut. Die Royalisten hielten sich hauptsächlich in den Bergen auf und seien dort sehr stark. Die Rebellen würden vorwiegend von Saudi-Arabien finanziell unterstützt. Vor etwa vier Monaten habe es so ausgesehen, als ob sich Saudi-Arabien und Ägypten über eine neue Regierung einigen könnten, doch hätten die Gespräche nicht zum Erfolg geführt.²⁹ Vom saudiarabischen Standpunkt

²⁴ Zur britischen Unterstützung der deutschen Nahost-Politik vgl. Dok. 84, Anm. 62.

In einer Unterredung mit dem britischen Gesandten Tomkins am 19. Februar 1965 führte Ministerialdirigent Böker aus, „den Israelis müsse klargemacht werden, daß die Einstellung der Waffenhilfe ein absolutes Muß unserer Außenpolitik sei“. Gegenüber den arabischen Staaten könne darauf hingewiesen werden, daß die Bundesregierung in der Frage der Waffenlieferung bereits „ein sehr großes Entgegenkommen“ gezeigt und der ägyptische Präsident keinen Anspruch auf ihre Solidarität habe, da sie bezüglich der Einladung des Staatsratsvorsitzenden Ulbricht nicht konsultiert worden seien. Nasser habe nun den „Weg gewählt, die deutsche Nation aufs größte zu beleidigen, die Bundesregierung vor aller Welt zu brüskieren und zu erpressen. Die anderen arabischen Staaten, die bei dieser Politik nicht befragt worden seien, sollten alles tun, um zu verhindern, daß sie in den Strudel der deutsch-ägyptischen Auseinandersetzungen mit hineingezogen würden.“ Vgl. die Aufzeichnung von Böker vom 19. Februar 1965; VS-Bd. 2594 (I B 4); B 150, Aktenkopien 1965.

²⁵ Zu den Vereinbarungen mit Israel über Waffenlieferungen vgl. Dok. 2.

²⁶ Zum Besuch des Staatsratsvorsitzenden Ulbricht vom 24. Februar bis 2. März 1965 in der VAR vgl. Dok. 104. Zum geplanten protokollarischen Ablauf vgl. auch Dok. 89, Anm. 3.

²⁷ Zur Entscheidung der Bundesregierung vom 15. Februar 1965, die Wirtschaftshilfe an die VAR einzustellen, vgl. Dok. 81, Anm. 16.

²⁸ Vgl. dazu Dok. 65, Anm. 6.

²⁹ Am 2. November 1964 einigten sich die jemenitischen Bürgerkriegsparteien auf einen Waffenstillstand und die Abhaltung einer nationalen Konferenz. Die für den 23. November 1964 anberaumte Zusammenkunft fand jedoch nicht statt, da die von Saudi-Arabien unterstützten religiös-monarchistischen Kräfte verlangten, daß zuvor die ägyptischen Truppen den Jemen verlassen müßten.

aus sei die Lage nicht schlecht, vom ägyptischen Standpunkt sei sie nicht besonders gut. Er selbst sei im Dezember mit seiner Frau in Ägypten gewesen und habe sich überzeugen können, daß die Situation nicht günstig sei. Die britische Regierung würde es aber für richtig halten, wenn dies der Bundesrepublik möglich sei, Nasser nicht ganz in die Ecke zu treiben.³⁰

Der Herr *Bundeskanzler* bezeichnete es als faulen Zauber, wenn die 90 Millionen Araber immer wieder behaupteten, sie fühlten sich von 2 1/2 Millionen Israelis bedroht.

Der *Botschafter* bemerkte, daß dies eine rein emotionale Frage sei und für alles gelte, was Israel betreffe, da sie in den Israelis eine außerordentlich große Gefahr erblickten. Man dürfe auch nicht vergessen, daß die Israelis 1956 ohne Unterstützung von außen wahrscheinlich bis nach Kairo vorgedrungen wären, wenn sie nicht gestoppt worden wären. Deswegen seien die Araber ängstlich. Man müsse davon ausgehen, daß ein Israeli drei arabische Soldaten aufwiege. Andererseits seien die Araber untereinander nur einig, wenn es gegen Israel gehe.

Der Herr *Bundeskanzler* gab der Hoffnung Ausdruck, daß man mit Israel zu einer schiedlich-friedlichen Lösung kommen könne.³¹

Wie der *Botschafter* bemerkte, habe der britische Außenminister am 19. Februar den israelischen Botschafter³² empfangen, dessen Haltung aber unnachgiebig gewesen sei.

Der Herr *Bundeskanzler* vertrat die Auffassung, daß, wenn eine Einigung mit Israel möglich wäre, Nasser nicht mehr unbedingt alle arabischen Staaten auf seiner Seite halten könne.

Nach dem Problem Tansania befragt, erwiderte der Herr *Bundeskanzler*, die Bundesregierung habe noch keine Entscheidung getroffen, betrachte aber die Lage als außerordentlich ernst.³³

Wie der *Botschafter* ausführte, befänden sich Nyerere und Kambona derzeit in China³⁴, und man überlege sich, ob es angezeigt wäre, in diesem Augenblick

Fortsetzung Fußnote von Seite 388

Diese Forderung wurde von republikanischer Seite zurückgewiesen. Vgl. dazu AdG 1964, S. 11512, und AdG 1965, S. 11888.

³⁰ Das britische Außenministerium sprach in diesem Zusammenhang die Empfehlung aus, den ägyptischen Präsidenten nicht so „in die Enge“ zu treiben, daß ihm „kein Spielraum zum Ausweichen“ mehr verbleibe. Nasser pflege nämlich in solchen Situationen „die Geduld zu verlieren und rein emotional zu entscheiden“. Daher werde der Bundesregierung angeraten, „zwischen der Einladung Ulbrichts nach Kairo einerseits und einer formellen Anerkennung der SBZ durch die Regierung der VAR andererseits“ zu unterscheiden. Vgl. den Drahtbericht Nr. 174 des Gesandten Freiherr von Ungern-Sternberg, London, vom 12. Februar 1965; VS-Bd. 8448 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1965.

³¹ Zu den Bemühungen um eine Ablösung der ausstehenden Waffenlieferungen durch finanzielle Leistungen vgl. Dok. 70.

Zur ablehnenden israelischen Reaktion vgl. Dok. 77, Anm. 13.

³² Arthur Lourie.

³³ Zu Tansania, das am 19. Februar 1965 der DDR die Erlaubnis erteilt hatte, ein Generalkonsulat zu eröffnen, vgl. Dok. 84, Anm. 55. Zur Reaktion der Bundesregierung vgl. Dok. 98.

³⁴ Zum Besuch des tansanischen Präsidenten vom 16. bis 23. Februar 1965 in der Volksrepublik China vgl. EUROPA-ARCHIV 1965, Z 55.

starken Druck auf Tansania auszuüben. Die Reaktion Nyereres in China könnte anders ausfallen als im eigenen Lande. Deshalb sei es vielleicht besser, seine Rückkehr abzuwarten. Bei seinem jüngsten Besuch in London habe sich Kambona darüber beklagt, daß die Deutschen gegenüber Tansania um so viel härter seien als gegenüber Nasser. Dabei hätten sie doch ihr eigenes Problem mit Sansibar. Vor einem Jahr sei es tatsächlich so gewesen, daß sich auf Sansibar mehr Soldaten befunden hätten als in Tanganjika.³⁵ Er selbst glaube, daß dort tatsächlich ein echtes Problem bestehe. Karume habe sicher radikale Neigungen, wenn er in der Zwischenzeit auch schon manches Wasser in seinen Wein habe gießen müssen.

Wie der Botschafter weiter erklärte, habe man große Sorgen wegen Indonesien.³⁶ Dort befänden sich derzeit 50 000 britische Soldaten, und man habe einige Bedenken wegen der Lieferung von Dornier-Flugzeugen seitens der Bundesrepublik.³⁷ Sie sollte ursprünglich sechs Dornier-Flugzeuge an die UNO (Fundwi) verkaufen. Die Kanadier hätten auf eine ähnliche Sache mit der Begründung verzichtet, daß die Indonesier nicht mehr der UNO angehörten.³⁸

Wie der Herr *Bundeskanzler* bemerkte, werde Sukarno sicher der nächste sein, der Ulbricht einlade.

Der *Botschafter* fuhr fort, daß die Indonesier keine guten Soldaten seien. Sie hätten irrtümlicherweise angenommen, daß die Bevölkerung von Malaysia die Indonesier als Freunde und Befreier begrüßen würden. Das sei aber nicht so gewesen. Von den britischen Streitkräften seien etwa 10 000 Soldaten in Borneo stationiert. Außerdem sei fast die Hälfte der britischen Marine und ein Drittel der Luftwaffe dort konzentriert. Bisher habe nur eine Einheit aus Deutschland abgezogen werden müssen.³⁹

Zur Reduzierung der fünfzehnprozentigen Einfuhrabgaben⁴⁰ sagte der Botschafter, es handle sich hierbei um einen ersten Schritt, mit dem auch gezeigt werden sollte, daß die britische Regierung es mit ihrem Versprechen ernst nehme. Es habe sich nur um eine Krisenmaßnahme gehandelt.

Der Herr *Bundeskanzler* erklärte hierzu, die modernen Industriestaaten kämen alle in eine Situation, wo man drauf und dran sei, die Volkswirtschaft zu überfordern. Erhöhte Produktion, erhöhter Konsum, erhöhte soziale Sicherheit seien ja schön, aber wenn eine Volkswirtschaft das alles nicht gleichzeitig hergebe, seien Schwierigkeiten unausbleiblich.

Der *Botschafter* erwähnte sodann, daß in letzter Zeit in Großbritannien viel über Europa gesprochen werde, und zwar nicht nur von den Konservativen.

³⁵ Zum Zusammenschluß von Tanganjika und Sansibar vgl. Dok. 16, Anm. 4.

³⁶ Zu den britisch-indonesischen Spannungen vgl. Dok. 24, Anm. 17 und 18.

³⁷ Vgl. dazu Dok. 109.

³⁸ Zu dem am 7. Januar 1965 bekanntgegebenen Austritt von Indonesien aus der UNO vgl. Dok. 24, Anm. 16.

³⁹ Zum britischen Vorhaben, aufgrund der Zypern-Krise das 1. Bataillon des „Royal Hampshire Regiments“ der britischen Rheinarmee abzuziehen, vgl. den Drahtbericht Nr. 194 des Botschafters von Etzdorf, London, vom 17. Februar 1964; Referat I B 4, Bd. 295.

⁴⁰ Zu den Maßnahmen vom 26. Oktober 1964 mit dem Ziel einer Belebung der britischen Wirtschaft vgl. Dok. 31, Anm. 18.

Der Daily Mirror, ein linksgerichtetes Blatt mit 7 Millionen Lesern, habe in einer Woche zweimal große pro-europäische Artikel gebracht und darin behauptet, es sei höchste Zeit für Großbritannien „nach Europa zu gehen“. Die Labour-Regierung sollte sich für eine aktiveres Europa-Politik einsetzen. Die Regierung sei, wie der Botschafter bemerkte, durchaus bereit, könne aber von sich aus nicht die Initiative ergreifen.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, er habe volles Verständnis dafür, daß keine britische Regierung, ob Labour oder Konservative, sich noch einmal der Gefahr aussetzen könne, abgewiesen zu werden.⁴¹ Solche Stimmen, wie man sie aber jetzt in England höre, hätten ihre Reaktion und Resonanz in Europa gefunden.

Der *Botschafter* bemerkte ferner, daß auch der neue britische Außenminister in Brüssel eine Rede gehalten habe⁴², die sehr positiv gewesen sei, wenngleich er nicht so weit gegangen sei wie Sir Alec Home.⁴³ Die Idee als solche sei aber keineswegs tot.

Nach dem Stand der Europa-Initiative⁴⁴ befragt, erklärte der Herr *Bundeskanzler*, er glaube, man komme damit voran. Der Begriff einer politischen Union als Terminus technicus sei aber gemessen an dem, was ein Beginn der politischen Zusammenarbeit tatsächlich bedeuten könne, überdreht und overspitzt. Denn das sei wirklich noch keine politische Union. Charakteristisch sei gewesen, daß de Gaulle im vergangenen Juli der Auffassung gewesen sei, es habe wenig Sinn, sich zusammenzusetzen, solange man sich über die Grundzüge der Verteidigungs- und Außenpolitik nicht einig sei.⁴⁵ Jetzt in Rambouillet habe er de Gaulle gesagt, wenn man mit einem materiellen Übereinkommen anfangen wolle, gelange man nicht zum Ziel. Man müsse sich erst einmal zusammensetzen.⁴⁶ Die gleiche Erfahrung habe man auch in Brüssel gemacht. Selbst wenn Meinungsverschiedenheiten beständen, so könne es doch niemand riskieren, vom Tisch aufzustehen und wegzulaufen.

Der *Botschafter* erwähnte sodann, daß es bilateral zwischen de Gaulle und den Briten besser gehe.

⁴¹ Zum Scheitern der Verhandlungen am 28./29. Januar 1963 über einen Beitritt Großbritanniens zur EWG vgl. AAPD 1963, I, Dok. 60.

⁴² Zu den Ausführungen des Außenministers Stewart am 11. Februar 1965 vor der belgisch-britischen Handelskammer in Brüssel vgl. den Artikel „Britain Presses for Seat at European Unity Talks“; THE TIMES, Nr. 56 244 vom 12. Februar 1965, S. 12.

⁴³ Am 15. Februar 1965 berichtete Botschafter von Etzdorf, London, über eine Rede des britischen Oppositionsführers auf der Jahreskonferenz der Jugendorganisation der Konservativen Partei. Douglas-Home habe die „britische Zugehörigkeit zu Europa stark herausgestellt. Das Europa der Zukunft werde eine der großen Gruppen der Welt auf wirtschaftlichem, politischem und militärischem Gebiet sein. Großbritannien dürfe seiner Rolle der Mitgestaltung dieses Europas nicht ausweichen.“ Daher müßten „die Konservativen [...] ihren ganzen Einfluß für eine Verstärkung der Bindungen zu den Sechs einsetzen“. Etzdorf wertete diese Äußerungen als das „eindeutigste britische Bekenntnis zu Europa“ seit dem „Zusammenbruch der Brüsseler Verhandlungen“ im Januar 1963. Vgl. den Drahtbericht Nr. 179; Referat I A 5, Bd. 283.

⁴⁴ Zur Europa-Initiative der Bundesregierung vom 4. November 1964 vgl. Dok. 5, Anm. 18.

⁴⁵ Für das Gespräch vom 3. Juli 1964 vgl. AAPD 1964, II, Dok. 180.

⁴⁶ Vgl. dazu Dok. 22.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, dies scheine der New Look der französischen Politik zu sein, auch mit ihm und den Amerikanern scheine es besser zu gehen.

Wie der *Botschafter* weiter bemerkte, hätte General de Gaulle den Engländern mit seinem Vorschlag einer Rückkehr zur Goldwährung⁴⁷ einen schlechten Dienst erwiesen. Glücklicherweise sei er mit seinem Vorschlag nicht sehr weit gekommen.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, auch die Bundesregierung sei diesem Vorschlag gegenüber sehr reserviert gewesen. Dies schließe natürlich nicht aus, daß das jetzige System alles andere als perfekt sei und durchaus verbessert werden könnte. Alleingänge seien aber unmöglich, da diese Frage nur in breiter internationaler Solidarität gelöst werden könne.

Zur Deutschland-Frage erklärte der *Botschafter*, daß die britische Regierung bereit sei, zusammen mit der Bundesregierung, den Amerikanern und den Franzosen über die Möglichkeit einer Initiative⁴⁸ zu sprechen, doch halte er es für besser, die deutschen Vorschläge abzuwarten.

Der Herr *Bundeskanzler* fragte, wie die deutschen Vorschläge aussehen sollten, ob es sich dabei nur um Überschriften handeln sollte oder ob sie bereits materiell ausgefüllt sein sollten.

Nach Auffassung des *Botschafters* könne man zunächst mit den Überschriften anfangen und die Angelegenheit dann weiter von der Washingtoner Gruppe erörtern lassen.⁴⁹

Der Herr *Bundeskanzler* betonte, daß ihm ein Thema als besonders vordringlich erscheine. Wenn zwischen Ulbricht und Ägypten tatsächlich diplomatische Beziehungen hergestellt werden sollten, würden dadurch nicht nur die Bundesrepublik berührt, sondern auch die drei westlichen Alliierten. Wenn dann nichts geschehe, werde auch das Prestige der Verbündeten leiden. Niemand werde verstehen, warum sich die drei Großmächte etwas Derartiges gefallen ließen.

Der *Botschafter* stimmte dieser Äußerung zu, verwies aber auf die Schwierigkeiten, denen Großbritannien im Nahen Osten selbst ausgesetzt sei.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte, die Grundsätze müßten wieder einmal klar und deutlich herausgearbeitet werden. Dabei könnte man sich durchaus eines Systems der Arbeitsteilung bedienen. Man habe deutscherseits keinerlei Illusionen und erwarte keineswegs, daß sich die vier Großmächte nun plötzlich um einen Tisch versammelten, um über freie Wahlen in Deutschland zu reden, und daß dann die Wiedervereinigung und der Abschluß eines Friedensvertrages ohne Schwierigkeiten zustande kommen könnten. In das Gespräch mündeten alle Tabus, die bisher noch nicht ausgeräumt werden konnten, weil man noch nicht den rechten Ansatzpunkt gefunden habe.

⁴⁷ Zum Vorschlag des französischen Staatspräsidenten vom 4. Februar 1965, die westlichen Wählungen sollten zum Gold-Standard zurückkehren, vgl. Dok. 60, Ann. 23.

⁴⁸ Zum Stand der Diskussion über eine Deutschland-Initiative vgl. Dok. 22 und Dok. 27.

⁴⁹ Zur Behandlung der Deutschland-Initiative vgl. weiter Dok. 130.

Der *Botschafter* sagte, vielleicht könnte man etwas sondieren, wenn Gromyko Mitte März⁵⁰ und Kossygin im April⁵¹ nach London kämen.

Nach Auffassung des Herrn *Bundeskanzlers* seien die neuen Machthaber im Kreml⁵² nicht aufgeschlossener als Chruschtschow. Dies sei bedauerlich, denn man habe den Eindruck gewonnen, daß Chruschtschow gegenüber den osteuropäischen Ländern immer liberaler geworden sei. Er selbst habe das Gefühl, daß die Russen versuchten, die Dinge wieder stärker einzufangen und in den Griff zu bekommen; ob ihnen dies allerdings gelinge, sei eine andere Frage.

Nach Auffassung des *Botschafters* müßten die neuen Machthaber noch vorsichtig sein, da sie noch keineswegs so stark wie Chruschtschow seien. Breschnew sei in der Deutschland-Frage und in der Frage des Verhältnisses zu den osteuropäischen Ländern wahrscheinlich zurückhaltend. Er habe, wie man wisse, stärkere Bindungen zu den Militärs und neige deshalb vielleicht auch mehr zum Bremsen als Kossygin. Die von Kossygin eingeschlagene weltpolitische Linie scheine sich von der Chruschtschows nicht zu stark zu unterscheiden. Bei seinem Besuch in Südostasien⁵³ scheine er nicht besonders weit gegangen zu sein, wahrscheinlich aus Rücksichtnahme auf die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten. Die Chinesen seien keineswegs mit Kossygin zufrieden⁵⁴, und in einer albanischen Zeitung sei bereits heftige Kritik an ihm geübt worden.

Der Botschafter sagte abschließend, er werde nun nach London reisen und am 2. März wieder zurück sein. Sollten sich noch unerwartete Entwicklungen ergeben, stünde er dem Herrn Bundeskanzler selbstverständlich jederzeit zur Verfügung.

Das Gespräch endete gegen 18.00 Uhr.

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 13

⁵⁰ Der sowjetische Außenminister Gromyko hielt sich vom 16. bis 20. März 1965 in Großbritannien auf. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1965, Z 74.

⁵¹ Die für April 1965 geplante Reise des sowjetischen Ministerpräsidenten fand nicht statt.

⁵² Zum Führerungswechsel vom 14./15. Oktober 1964 in der UdSSR vgl. Dok. 23, Anm. 29.

⁵³ Zu der Südost-Asien-Reise des sowjetischen Ministerpräsidenten vgl. Dok. 60, Anm. 32.

⁵⁴ Zum ideologischen Konflikt zwischen der UdSSR und der Volksrepublik China vgl. Dok. 26, Anm. 18.

Auf der Reise von der Demokratischen Republik Vietnam (Nordvietnam) in die Demokratische Volksrepublik Korea (Nordkorea) hielt sich der sowjetische Ministerpräsident am 10. Februar 1965 in Peking auf. Zum Zusammentreffen von Kossygin mit chinesischen Politikern vgl. den Artikel von Aldo Natoli: „Pékin, Moscou, le Vietnam et le mouvement communiste en 1965“; LE MONDE, Nr. 8671 vom 30. November 1972, S. 2.

Botschafter Groepper, Moskau, an Bundesminister Schröder

Z B 6-1-1809/65 geheim

Fernschreiben Nr. 170

Citissime mit Vorrang

Aufgabe: 23. Februar 1965, 16.50 Uhr

Ankunft: 23. Februar 1965, 18.09 Uhr

Nur für Minister¹ und Staatssekretär

Wurde heute vormittag 09.15 Uhr vereinbarungsgemäß von Kossygin empfangen.² An dem Gespräch, welches rund 25 Minuten dauerte, nahm von sowjetischer Seite – ebenso wie bei meinen beiden früheren Unterredungen mit Chruschtschow³ – wieder Leiter Dritter Europäischer Abteilung, Iljitschow, teil.

I. In dem Gespräch habe ich mich weisungsgemäß darauf beschränkt, dem Ministerpräsidenten die großen Züge unserer Politik darzulegen, wobei ich das Bemühen der Bundesregierung um Erhaltung des Friedens und Verminde-
rung der Spannung nachhaltig unterstrich. In diesem Zusammenhang habe ich insbesondere betont, daß die Bundesregierung eine Lösung der noch offenen Probleme ausschließlich auf friedlichem Wege erreichen wolle. Hiervon auf die grundsätzliche Nützlichkeit eines Gesprächs überleitend, habe ich dem Ministerpräsidenten sodann die Einladung des Herrn Bundeskanzlers im Sinne der Formulierung des Drahterlasses Nr. 75 vom 3.2.65 geheim⁴ übermit-

¹ Hat Bundesminister Schröder vorgelegen.

² Zum Vorschlag des Botschafters Groepper, Moskau, dem neuen sowjetischen Ministerpräsidenten eine „Voreinladung“ zu einem Besuch in der Bundesrepublik zu übermitteln und zur Weisung an Groepper, bei Kossygin um einen Gesprächstermin nachzusuchen, vgl. AAPD 1964, II, Dok. 310.

Groepper teilte am 31. Januar 1965 mit, daß er eine unverbindlich formulierte Einladung, die keine sofortige Entscheidung erforderlich machen würde, für „die vielleicht beste Anknüpfung für meine erste persönliche Kontaktaufnahme mit Kossygin als dem Ministerpräsidenten“ hielte, und übermittelte einen Textvorschlag. Vgl. den Drahtbericht Nr. 100; VS-Bd. 10064 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1965.

Am 30. Januar 1965 machte Bundesminister Schröder in einem Schreiben an den Bundeskanzler darauf aufmerksam, daß Erhard seit dem 8. Januar 1965 der Entwurf eines Drahterlasses an den Botschafter in Moskau vorliege, in dem Groepper angewiesen werde, „ein Gespräch mit Kossygin zu suchen und ihm bei dieser Gelegenheit eine Botschaft von Ihnen zu übermitteln“. Schröder führte aus: „Im Hinblick darauf, daß zwischen Frankreich und der Sowjetunion in den letzten Wochen ein intensives Gespräch zustande gekommen ist, halte ich es für notwendig, daß auch wir in dem uns möglichen Rahmen das Gespräch mit der Sowjetunion wieder aufnehmen. [...] Ich möchte Ihnen daher vorschlagen, daß Sie die Absendung des erwähnten Drahterlasses genehmen.“ Vgl. VS-Bd. 10064 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1965.

³ Für das Gespräch vom 9. März 1963 vgl. AAPD 1963, I, Dok. 116.

Für die Unterredung vom 13. Juni 1964 vgl. AAPD 1964, I, Dok. 162.

⁴ Botschafter Groepper, Moskau, sollte dem sowjetischen Ministerpräsidenten mitteilen, daß Bundeskanzler Erhard es begrüßen würde, sich mit Kossygin „über die wichtigen beide Länder be-
rührenden Fragen persönlich auszusprechen“. Erhard glaube, „daß in einem persönlichen Ge-
spräch manche Gesichtspunkte besser zur Geltung gebracht werden können als auf andere
Weise. Dementsprechend würde der Bundeskanzler sich freuen, wenn Ministerpräsident Kossy-
gin zu einem Besuch in die Bundesrepublik Deutschland kommen könnte.“ Weiterhin sollte

telt. Kossygin bat mich daraufhin, dem Herrn Bundeskanzler seinen Dank für diese Einladung zu übermitteln. Eine sachliche Antwort könne er mir heute noch nicht geben, da die Einladung für ihn überraschend komme, zunächst noch allerlei Vorfragen geklärt werden müßten und er auch noch mit seinen Kollegen (Genossen) hierüber sprechen müsse. Im Zusammenhang damit floch er einen – in Form jedoch keinesfalls aggressiv vorgebrachten – Hinweis auf das angebliche Bestreben der Bundesregierung nach Atomwaffen ein, welches zu denken gebe. Nachdem ich dieser Bemerkung mit dem Argument, daß wir keineswegs eine Verfügungsgewalt über Atomwaffen anstreben und darüber hinaus als einziges Land von uns aus auf die Herstellung solcher Waffen verzichtet hätten⁵, entgegengetreten war, bedankte sich Kossygin abschließend erneut für die Einladung⁶, auf die er demnächst antworten würde. Er hob dabei hervor, daß nach seiner grundsätzlichen Auffassung eine Begegnung mit dem Herrn Bundeskanzler durchaus nützlich sein könne und es nur zu begrüßen sei, wenn die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion gut seien und ruhig und überlegt behandelt würden. Er sehe in der Tatsache der Einladung einen freundlichen Akt, der nur zur Verbesserung der Beziehungen zwischen beiden Ländern geeignet sein könne. Wortlaut des Dolmetscherprotokolls folgt unter IV.

II. Die Stellungnahme Kossygins auf die ihm von mir übermittelte Einladung des Herrn Bundeskanzlers läßt folgendes erkennen:

1) Der Umstand, daß Kossygin eine Antwort auf die Einladung zunächst in der Schwebe gelassen hat, ist nicht verwunderlich. Nachdem die Einladung Chruschtschows⁷ und deren grundsätzliche Annahme durch den inzwischen gestürzten Ministerpräsidenten⁸ in der westlichen Presse zu z.T. phantastischen Kombinationen und Spekulationen geführt⁹ und dementsprechend andererseits in der Presse der Satellitenstaaten Anlaß zu nicht minder großer Beunruhigung und Mißtrauen gegeben hat¹⁰, ist es verständlich, daß Kossygin in dieser Angelegenheit bewußt vorsichtig operieren will. Dies um so mehr, als man hier und dort – wenn auch nach meiner Überzeugung völlig zu Unrecht – in der Bereitwilligkeit Chruschtschows zu einem Besuch der Bundesrepublik Deutschland sogar einen der Gründe für seinen Sturz erblickt hatte.

Fortsetzung Fußnote von Seite 394

Groepper hervorheben, daß nach der Auffassung von Erhard „bei einem solchen Gespräch alle Fragen erörtert werden könnten, welche beide Seiten jeweils interessierten“. Vgl. den Drahterlaß des Staatssekretärs Carstens vom 6. Januar 1965; VS-Bd. 10064 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1965.

Der Drahterlaß wurde erst am 3. Februar 1965 abgesandt. Vgl. dazu Anm. 2.

5 Zum Verzicht der Bundesrepublik auf die Herstellung von atomaren, biologischen und chemischen Waffen vgl. Dok. 11, Anm. 4.

6 Vgl. dazu weiter Dok. 180, Anm. 21.

7 Zur Einladung an den Ministerpräsidenten Chruschtschow, die Bundesrepublik zu besuchen, vgl. AAPD 1964, I, Dok. 155.

8 Zum Führungswechsel am 14./15. Oktober 1964 in der UdSSR vgl. Dok. 23, Anm. 29.

9 Zur Reaktion der westlichen Presse auf die Einladung an Ministerpräsident Chruschtschow vgl. die Drahtberichte aus London, Washington, Brüssel, Kopenhagen und Wien vom 4. September 1964 bzw. aus Rom, Den Haag und Stockholm vom 7. September 1964; Referat II A 5, Bd. 764.

10 Vgl. dazu den Artikel von Werner Otto: „Chruschtschow fährt zu politischen Gesprächen nach Bonn“; NEUES DEUTSCHLAND, Nr. 245 vom 5. September 1964, S. 1.

2) Der wiederholte Hinweis Kossygins, daß er über diese Angelegenheit noch mit seinen Kollegen sprechen müsse, unterstreicht in anschaulicher Weise, in welchem Maße er bestrebt ist, im Gegensatz zu seinem Vorgänger das kollektive Führungsprinzip auch nach außen und auch gegenüber dem nichtkommunistischen Ausland zu betonen. Angesichts des unter Ziffer 1) hervorgehobenen Gesichtspunkts legt er darüber hinaus ganz offensichtlich Wert darauf, die Verantwortung für einen evtl. Besuch der Bundesrepublik Deutschland mit den maßgebenden Führungsgremien der Sowjet hierarchie zu teilen.

3) Wenn Kossygin betonte, daß ihm die Einladung überraschend komme, so mag für ihn der Wunsch im Vordergrund gestanden haben, damit zum Ausdruck zu bringen, daß er die zunächst in öffentlichen Erklärungen¹¹ zum Ausdruck gekommene bloße Übertragung der Einladung des früheren Ministerpräsidenten auf den Nachfolger noch nicht als adäquate Form einer Einladung angesehen hat.¹²

4) Die Ausführungen Kossygins gegen Schluß der Unterredung zeigen, daß bereits die Tatsache als solche der Übermittlung einer Einladung des Herrn Bundeskanzlers von dem Ministerpräsidenten als positives Element in der Behandlung der beiderseitigen Beziehungen durch uns gewürdigt worden ist.

III. Im Sinne der Ausführungen in meinem Drahtbericht vom 22. Oktober 64 Nr. 907 (Ziffer 3 am Ende)¹³ möchte ich dringend empfehlen, darauf Bedacht zu nehmen, daß die Übermittlung der Einladung des Herrn Bundeskanzlers an den sowjetischen Ministerpräsidenten der Presse nicht bekannt wird und deshalb von jeder Mitteilung über den sachlichen Inhalt der Unterredung abzusehen. Es ist meiner Ansicht nach anderenfalls mit Sicherheit zu erwarten, daß die Presse diese Einladung in gleicher Weise zerredet und mit den vielfältigsten Kombinationen kommentiert, wie dies seinerzeit bei der Einladung Chruschtschows geschehen ist. Die als Folge solcher Behandlung in der west-

¹¹ Am 21. Oktober 1964 betonte der Bundeskanzler gegenüber der Presse, daß sich durch den Führungswechsel vom 14./15. Oktober 1964 an der „grundsätzlichen Politik gegenüber der Sowjetunion nichts geändert“ habe. Erhard führte aus: „Wenn die neue sowjetische Regierung einen Meinungsaustausch für nützlich hält, so sind wir zu einem Gespräch bereit.“ Vgl. BULLETIN 1964, S. 1441.

¹² Bereits am 2. Januar 1965 hatte Botschafter Groepper, z.Z. Bonn, gegenüber Staatssekretär Carstens Bedenken dagegen geäußert, daß er bei seinem geplanten Gespräch mit Ministerpräsident Kossygin „auf die Einladung, die an Chruschtschow ergangen war, Bezug nehmen und dann erklären sollte, sie sei an den Träger des Amtes gerichtet gewesen und gelte daher auch für Kossygin“. Groepper wies darauf hin, daß „eine so formulierte Erklärung bei Kossygin von vornherein schlecht ankommen würde“, nachdem „ähnliche Formulierungen in der deutschen Öffentlichkeit aufgetaucht“ seien. Vgl. die Aufzeichnung von Carstens vom 5. Januar 1965; VS-Bd. 10064 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1965.

Am 31. Januar 1965 betonte Groepper nochmals seine bereits mündlich vorgetragenen Bedenken. Es habe sich inzwischen „eindeutig bestätigt, daß Name und Person Chruschtschows hier völlig aus dem Gedächtnis der Menschen ausgemerzt werden sollen“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 100 aus Moskau; VS-Bd. 10064 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1965.

¹³ Botschafter Groepper, Moskau, wies darauf hin, daß „Schritte zu einer Klimaverbesserung“ zwischen Bundesrepublik und UdSSR, die nach dem Sturz des Ministerpräsidenten Chruschtschow in Erwägung gezogen wurden, „möglichst wenig in der Öffentlichkeit diskutiert und breitgetreten“ werden sollten. Er hob hervor: „Je weniger das Mißtrauen anderer Ostblockpartner gegen die Entwicklung der deutsch-sowjetischen Beziehungen in der deutschen Publizität genährt wird, umso weniger Anlaß werden auch die Sowjets haben, ihre Treue zur ‚DDR‘ und deren Machthabern immer wieder zu dokumentieren.“ Vgl. VS-Bd. 3961 (II A 4); B 150, Aktenkopien 1964.

lichen Publizistik unausbleibliche Reaktion in der SBZ, damit aber auch in den anderen Satellitenstaaten, müßte sich zwangsläufig zuungunsten einer Geneigtheit des Ministerpräsidenten zur Annahme der Einladung auswirken. Davon abgesehen könnte sie dazu führen, daß sich die Sowjetregierung gewissermaßen zum Ausgleich und zur Beruhigung – in offiziellen Verlautbarungen oder offiziös durch Presse und Rundfunk – erneut dezidiert auf die harten Formulierungen der Chruschtschowschen Deutschlandpolitik festlegt, was unter allen Umständen vermieden werden sollte.

Sollten diese Überlegungen dort nicht geteilt werden, so wäre ich in jedem Fall für die Möglichkeit erneuter Stellungnahme dankbar. Ich selbst habe mich den hiesigen deutschen Korrespondenten gegenüber auf die Mitteilung des Empfangs durch Kossygin beschränkt, über den sachlichen Inhalt der Unterredung dagegen nichts verlauten lassen.

IV. Folgt Dolmetscherprotokoll:

„Der Botschafter bedankte sich einleitend für die ihm gewährte Möglichkeit zur Führung dieses Gesprächs. Er habe ja bereits früher Gelegenheit gehabt, dem Herrn Vorsitzenden zu begegnen, und erinnere sich mit Freude daran, daß er, der Herr Vorsitzende, anlässlich des Besuchs von Herrn Beitz im Mai 1963¹⁴ Gast in seinem Hause gewesen sei, nachdem dann der Herr Vorsitzende sein derzeitiges Amt übernommen habe, habe er, der Botschafter, die Absicht gehabt, den Herrn Vorsitzenden zu besuchen, zunächst aber im Hinblick darauf, daß der Herr Vorsitzende durch vielerlei Verpflichtungen und Arbeit in seinem neuen Amt in Anspruch gewesen sei, seinen Besuch noch verschoben.

Es freue ihn nun, daß er heute die Möglichkeit habe, den Herrn Vorsitzenden zu sprechen, um so mehr, da er den Auftrag habe, dem Herrn Vorsitzenden gleichzeitig eine persönliche Botschaft des Herrn Bundeskanzlers zu übermitteln.

Der Botschafter hatte diese einleitenden Sätze in russischer Sprache vorge tragen. Er bat danach, nunmehr deutsch fortfahren zu dürfen, und führte weiter folgendes aus:

Es gäbe zwischen unseren Ländern eine ganze Reihe von Problemen, die noch nicht gelöst seien und von denen er hoffe, daß für sie eine Lösung gefunden werden würde. Sowohl die Bundesregierung als auch der Herr Bundeskanzler legten Wert darauf, keinen Zweifel daran zu lassen – und er wolle dies besonders zum Ausdruck bringen –, daß wir die Lösung der offenen Probleme ausschließlich auf friedlichem Wege anstreben. Die Erhaltung des Friedens und die Verringerung der Spannung sei ein Axiom der Politik der Bundesregierung.

Wenn man jedoch andererseits hinsichtlich einer Lösung weiterkommen wolle, müsse man miteinander ins Gespräch kommen. Nur dann sei es möglich, die Beziehungen zwischen den beiden Staaten zu verbessern. Der Herr Bundeskanzler würde es daher begrüßen, wenn er die Möglichkeit hätte, sich einmal mit dem Herrn Vorsitzenden über alle Fragen auszusprechen, die je-

¹⁴ Zum Aufenthalt des Generalbevollmächtigten der Firma Krupp vom 13. bis 22. Mai 1963 in der UdSSR vgl. AAPD 1963, I, Dok. 167.

weils beide Seiten interessierten. Der Herr Bundeskanzler glaube, daß in einem persönlichen Gespräch manche Gesichtspunkte besser zur Geltung gebracht werden könnten als auf anderem Wege. Der Herr Bundeskanzler würde sich daher freuen, wenn er, der Herr Vorsitzende, zu einem Besuch in die Bundesrepublik Deutschland kommen könnte. Falls auch er, der Herr Vorsitzende, eine Begegnung im Interesse beider Seiten für förderlich halte, sei er, der Botschafter, beauftragt, hiermit dem Herrn Vorsitzenden eine Einladung des Herrn Bundeskanzlers zu einem Besuch in Bonn zu übermitteln.

Der Herr Bundeskanzler sei sich darüber klar, daß der Herr Vorsitzende infolge seiner vielfältigen und verantwortungsvollen Aufgabe im Augenblick vielleicht noch nicht übersehen könne, wann seine zeitlichen Dispositionen ihm einen Besuch in Bonn ermöglichen würden. Die Festlegung eines entsprechenden Termins könnte daher einer späteren Vereinbarung auf diplomatischem Wege vorbehalten bleiben.

Herr Kossygin entgegnete, er wolle für die an ihn ergangene Einladung sehr danken und bät, diesen Dank auch dem Herrn Bundeskanzler zu übermitteln. Er müsse jedoch sagen, daß es sich hier um eine sehr schwierige Frage handle. Man habe sich hierzu sowjetischerseits noch keine bestimmte Meinung bilden können, so daß er sich zur Zeit außerstande sähe, bereits auf die Einladung zu antworten.

Er sei der Meinung, daß vor einer Begegnung diese zunächst vorbereitet werden müsse, daß Klarheit bestehen müsse, was mit einer solchen erreicht werden solle. Erst wenn die Ziele und die Aufgaben einer solchen Begegnung klar seien, könne man über die Durchführung der Begegnung selber nachdenken. Sowjetischerseits habe man sich dazu noch keine Gedanken gemacht, und die sowjetischen Entscheidungen hierzu seien noch nicht geklärt. Es sei aber denkbar, daß der Herr Bundeskanzler hier bereits bestimmte Vorstellungen habe. Es wäre nützlich, etwas über diese Vorstellungen zu erfahren, um dann nach dann alles zu erörtern.

Er, Kossygin, müsse diese Angelegenheit zunächst mit seinen Kollegen besprechen, danach werde dann eine Antwort folgen. Fest stünde jedoch, daß eine Begegnung zunächst klar vorbereitet werden müsse.

Der Herr Botschafter habe gesagt, daß die Bundesregierung die Probleme nur mit friedlichen Mitteln lösen wolle; es gäbe natürlich viele solcher Probleme.

Andererseits müsse man die Politik der Bundesregierung sehen, ihr Streben nach Atombomben sowie Äußerungen in der Bundesrepublik, die die sowjetische Seite hellhörig machen müßten. Man müsse über die Politik der Bundesregierung in allen Fragen eine klare Vorstellung gewinnen. Man müsse also daher darüber nachdenken, welche Fragen bei einer Begegnung erörtert werden sollten.

Der Botschafter erwiderte, er sei mit dem Vorsitzenden einer Meinung, daß ein solcher Besuch gründlich vorbereitet werden müsse. Was den Themenkreis anbelange, so glaube er, hierzu soeben bereits gesagt zu haben: der Herr Bundeskanzler gehe davon aus, daß über alle Fragen, die jeweils jede der beiden Seiten interessierten, sollte gesprochen werden können. Es gäbe eine

ganze Reihe politischer Probleme. Neben den großen politischen Fragen seien aber auch andere Fragen vorhanden, in die die Politik zwar auch hineinspiele, die aber für sich geeignet seien, die Beziehungen zwischen den beiden Ländern zu verbessern. Er denke hier vor allem an Fragen des Handels und der kulturellen Beziehungen. Er, der Botschafter, glaube, daß für ein solches Treffen ein wesentlicher und wichtiger Themenkreis gegeben sein werde.

Der Herr Vorsitzende habe soeben gesagt, daß die Politik der Bundesregierung zu denken gäbe. Er, der Herr Botschafter, könne dies, offengestanden, nicht verstehen.

Die Bundesregierung habe keinen Zweifel daran gelassen, daß sie keine Verfügungsgewalt über Atomwaffen anstrebe. Sie sei darüber hinaus das einzige Land, das von sich aus auf die Herstellung von Atomwaffen verzichtet habe. Wenn man die Politik der Bundesregierung nüchtern betrachte, dann sei diese Politik nicht so, daß man ihretwegen hellhörig werden müsse. Oberstes Ziel der Politik der Bundesregierung und ihr Grundaxiom sei die Erhaltung des Friedens. Gerade ein solcher Besuch, wie er von unserer Seite angeregt werde, böte die beste Gelegenheit, einander kennenzulernen und sich ein persönliches Bild des anderen Landes zu machen. Wenn der Herr Vorsitzende nach Bonn komme, werde er sich persönlich davon überzeugen können, daß die Politik der Bundesregierung nur friedliche Ziele verfolge und nicht mit anderen Mitteln verwirklicht werden solle. Darüber hinaus sei eine persönliche Aussprache und Begegnung die wichtigste Grundlage zur Beseitigung von Mißverständnissen. Sie böte Gelegenheit, einander kennenzulernen und sich von den Absichten des anderen zu überzeugen und auch einander zu überzeugen und auch einander zu sagen, was einem nicht gefalle. Herr Kossygin erwähnte, er wolle zur Zeit nicht eine erschöpfende Analyse der zwischen beiden Ländern stehenden Probleme vornehmen; einmal erlaube ihm dies die zur Verfügung stehende Zeit nicht, da er eine Begegnung mit Herrn Kekkonen vorgesehen habe¹⁵; zum anderen aber seien auch die gegenwärtigen Bedingungen nicht so, daß sie es gestatteten, hier alle in Betracht kommenden Fragen zu besprechen, weil die Probleme einfach zu groß seien, als daß sie zur Zeit erörtert werden könnten.

Er, Kossygin, wolle jedoch grundsätzlich nicht in Abrede stellen, daß eine Begegnung mit dem Herrn Bundeskanzler durchaus nützlich sein könne. Es würde nur zu begrüßen sein, wenn die Beziehungen zur Bundesrepublik gut seien und wenn diese Beziehungen ruhig und überlegt behandelt würden.

Jedoch müsse er, Kossygin, über diese ganzen Fragen und die an ihn ergangene Einladung zunächst nachdenken und sie mit seinen Kollegen besprechen. Es sei ja nicht damit getan, daß er, Kossygin, einfach nach Bonn fahre oder der Herr Bundeskanzler hierher komme. Es sei ja nur mit dem Reisen nicht getan. Er wolle daher zu der an ihn ergangenen Einladung im Augenblick weder ja noch nein sagen; die Einladung sei für ihn unerwartet gekommen, und man müsse daher diese Sache zunächst überdenken. Danach werde dann eine Antwort erfolgen. Vorab wolle er jedoch dem Herrn Botschafter für

¹⁵ Der finnische Staatspräsident hielt sich vom 21. bis 26. Februar 1965 in der UdSSR auf. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1965, Z 59.

die Übermittlung der Einladung danken und ihn bitten, auch dem Herrn Bundeskanzler seinen besonderen Dank (bolschju blagodarnostj) zu übermitteln. Er bäre, dem Herrn Bundeskanzler zu sagen, daß er in der Tatsache dieser Einladung einen freundlichen Akt sähe, der nur zur Verbesserung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern geeignet sein könne.“

[gez.] Groepper

VS-Bd. 10064 (Ministerbüro)

95

Gesandter von Lilienfeld, Washington, an das Auswärtige Amt

Z B 6-1-1894/65 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 619

Aufgabe: 24. Februar 1965, 19.40 Uhr
Ankunft: 25. Februar 1965, 02.25 Uhr

Betr.: Ostkredite¹

Bezug: Drahterlaß 97 vom 28.1.65 VS-vertraulich;² Drahtbericht 389 vom 5.2.65 VS-vertraulich³

I. Die Auffassungen der amerikanischen Regierung zur künftigen Gestaltung der Kreditbedingungen des Westens gegenüber Ostblockländern gab heute Tyler in Fortsetzung des von uns am 5. Februar begonnenen Gespräches wie folgt wieder:

1) Amerikanische Regierung hielte es nach wie vor für unbedingt wünschenswert, die Kreditbedingungen der Berner Union⁴ nicht zu lockern. Sie sei sich jedoch darüber im klaren, daß dies – vor allem angesichts der britischen Hal-

¹ Zur Vergabe von Krediten an osteuropäische Staaten vgl. Dok. 66.

² Staatssekretär Lahr informierte Botschafter Knappstein, Washington, daß die Bundesregierung ihre bisherige restriktive Politik hinsichtlich der Vergabe von Krediten an die UdSSR nicht aufrechterhalten könne, nachdem die Mehrzahl der westlichen Staaten sogar über den Rahmen der Berner Union hinausgehe. Lahr hob hervor: „Es ist nicht unsere Absicht, Ihnen hierbei in vollem Umfang zu folgen, sondern wir werden nur insoweit nachziehen, als es zur Wahrung unserer Position im Außenhandel mit der Sowjetunion notwendig ist.“ Trotzdem forderte Lahr einen Versuch, „wieder zu gewissen gemeinsamen Regeln unter den westlichen Ländern zu gelangen“, und schlug zu diesem Zweck Konsultationen „innerhalb der EWG und mit den USA“ vor. Vgl. VS-Bd. 8357 (III A 6); B 150, Aktenkopien 1965.

³ Botschafter Knappstein, Washington, berichtete von einer Anfrage des stellvertretenden Abteilungsleiters im amerikanischen Außenministerium, Davis, ob die Bundesregierung beabsichtige, „eine gemeinsame Regel für die Gewährung von Ostkrediten unter den westlichen Ländern auf einem höher als 5 Jahre liegenden Plateau festzulegen“, und ob sie bereit sei, zusammen mit der amerikanischen Regierung „auf Großbritannien einzuwirken, in Zukunft wieder den Regeln der Berner Union zu folgen“. Die amerikanische Regierung, so Davis, plädiere für eine Beibehaltung der Fünfjahresgrenze, denn es sei fraglich, „ob man sich auf einer höheren Grenze einigen und diese dann halten könnte“. Vgl. VS-Bd. 3555 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1965.

⁴ Zur Berner Union vgl. Dok. 66, Anm. 3.

tung⁵ – in der Praxis auf Schwierigkeiten stoßen werde. Der angekündigte britisch-amerikanische Meinungsaustausch über diese Frage habe am 19. Februar in London stattgefunden, wobei Botschafter Leddy (OECD) unterhalb der Ministerebene den amerikanischen Standpunkt nochmals dargelegt habe. Das Ergebnis sei nicht ermutigend gewesen, soweit es die britische Bereitschaft angehe, zur 5-Jahresgrenze zurückzukehren. Es scheine jedoch, daß die britische Haltung in bezug auf ein künftiges Einschwenken auf eine neu auszuhandelnde gemeinsame westliche Position in der Frage der Kreditbedingungen elastischer geworden sei. Darum sollten weitere Bemühungen in dieser Richtung unternommen werden. Die amerikanische Regierung würde es begrüßen, wenn dies bei dem bevorstehenden Besuch Wilsons in Bonn⁶ geschehen könne. Herr Bundesminister Westrick habe eine solche Absicht bereits zu erkennen gegeben.

2) Die Verhandlungsposition gegenüber Großbritannien könne wesentlich verbessert werden, wenn der EWG-Ministerrat sich am 2. März auf eine gemeinsame Haltung einigen könnte.⁷ Man glaube im State Department, daß eine, wenn auch geringe, Chance gegeben sei, eine gemeinsame Rückkehr zu den Bedingungen der Berner Union zu erreichen. Voraussetzung dafür sei, daß sich EWG und USA in diesem Sinne einigen könnten.

3) Tyler gab auf meine entsprechende Frage, wenn auch zögernd, zu verstehen, daß die amerikanische Regierung notfalls bereit sei, die Regeln der Berner Union im Sinne einer Verlängerung der Fristen auf 7–8 Jahre zu revidieren, wenn eine gemeinsame Rückkehr aller zu der 5-Jahresregel aussichtslos sei. Diese Bereitschaft werde die amerikanische Seite jedoch nicht vor Beginn der Verhandlungen mit jenen Regierungen zu erkennen geben, die bereits jetzt einseitig über die 5-Jahresgrenze hinausgegangen seien. Man sei ernstlich besorgt, daß bei dem Versuch, die 5-Jahresfrist zu verlängern, die Kreditfristen so ins Rutschen kommen würden, daß sie nicht wieder zum Stillstand gebracht werden können.

4) Als nächste Phase stelle sich das State Department einen Gedankenaustausch mit der EWG vor, nachdem sich deren Ministerrat auf eine einheitliche Linie habe einigen können. Erst danach werde man erneut an Großbritannien herantreten. Gegen eine Beratung im NATO-Rahmen habe man jedoch schwerwiegende Bedenken.

5) Man verstehe, daß die Bundesregierung gegenüber der Sowjetunion künftig den durch die Berner Union gegebenen Spielraum voll auszunutzen beabsichtige. Das gäbe der Bundesregierung eine größere politische Bewegungsfreiheit und erleichtere die gegenwärtig von der deutschen Wirtschaft allein getragene Kreditlast. Die Kreditfristen für die osteuropäischen Länder dagegen

⁵ Dazu hielt Legationsrat Bütow am 18. Februar 1965 fest, daß Großbritannien – eher noch als Frankreich und Italien – bereits im Jahr 1961 der UdSSR „die Bereitschaft für die Absicherung von Krediten für Lieferungen auf dem chemischen Sektor von maximal 100 Mio. Pfund [Sterling] mit einer Laufzeit bis zu 15 Jahren“ erklärt habe. Im Jahre 1964 sei es dann „zu den ersten großen Abschlüssen“ gekommen, so daß der bewilligte Finanzrahmen bereits zu rund 40% ausgeschöpft sei. Vgl. Referat III A 6, Bd. 232a. Vgl. dazu auch Dok. 123, Anm. 5 und 6.

⁶ Zum Besuch des britischen Premierministers am 8./9. März 1965 vgl. Dok. 122.

⁷ Zum Ergebnis der EWG-Ministerratssitzung vgl. weiter Dok. 123.

zu verlängern, ehe nicht alle Möglichkeiten ausgeschöpft seien, wieder eine einheitliche westliche Praxis zu erreichen, sei bedenklich und würde die amerikanische Regierung in eine schwierige Lage bringen.

II. Tyler kam außerdem auf die angekündigte deutsch-amerikanische Konsultation über Lizenzierungsregeln im Handel USA/SBZ⁸ zurück; das State Department wäre dankbar, wenn die deutschen Vorschläge dazu bald mitgeteilt werden könnten; man halte sich noch immer an die seinerzeit zugesagte Verzögerungstaktik⁹, gerate damit aber in immer größere Schwierigkeiten.

III. Ich bitte um baldige Drahtweisung über die deutschen Vorschläge zur Lizenzerteilung und wäre außerdem für drahtliche Unterrichtung über das Ergebnis des EWG-Ministerratstreffens am 2. März, soweit es die Kreditfrage angeht, dankbar.¹⁰

[gez.] i.V. Lilienfeld

VS-Bd. 8357 (III A 6)

96

Botschafter Knappstein, Washington, an das Auswärtige Amt

Z B 6-1-1953/65 geheim
Fernschreiben Nr. 642

Aufgabe: 25. Februar 1965, 20.30 Uhr¹
Ankunft: 26. Februar 1965, 03.20 Uhr

Betr.: Gespräch des Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU, Dr. Barzel, mit
Präsident Johnson²

Herr Barzel hatte gestern in meiner Gegenwart ein dreiviertelstündiges, sehr aufgeschlossenes und freundschaftliches Gespräch mit Präsident Johnson, das auf Wunsch des Präsidenten erheblich über die ursprünglich vorgesehene Zeitdauer verlängert wurde.

⁸ Bereits anlässlich der ersten Demarche des Botschafters Knappstein, Washington, am 4. Januar 1965 sicherte der Staatssekretär im amerikanischen Außenministerium, Ball, zu, „die Frage der Erteilung von Lizzenzen zugunsten der SBZ mit der Bundesregierung eingehend zu besprechen“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 11 von Knappstein vom 4. Januar 1965; VS-Bd. 3567 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1965.

⁹ Zu der seitens der amerikanischen Regierung zugesicherten Zurückhaltung in den Handelsbeziehungen zur DDR vgl. den Drahtbericht Nr. 389 des Botschafters Knappstein, Washington, vom 5. Februar 1965; VS-Bd. 3555 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1965.
Zur Kreditvergabe an die DDR vgl. weiter Dok. 116.

¹⁰ Vgl. dazu auch die Unterrichtung der Presse über das Ergebnis des Ministerratstreffens; Dok. 123, Anm. 11.

¹ Hat Bundesminister Schröder vorgelegen.

² Der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag, Barzel, hielt sich am 24./25. Februar 1965 zu Gesprächen mit Präsident Johnson und dem amerikanischen Außenminister Rusk in Washington auf. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1965, Z 61.

Der Präsident betonte einleitend seine besonders herzlichen Gefühle für den Herrn Bundeskanzler, dessen Beweglichkeit, Fairness und Weitblick er besonders schätze. Nachdem Herr Barzel über die Entscheidung des Bundeskabinetts zur Verjährungsfrist gesprochen³ und seinen Dank für die Entsendung Harrimans nach Israel zum Ausdruck gebracht hatte⁴ (Drahtbericht Nr. 617 vom 24.2.65), wobei er erwähnte, daß wir keinesfalls daran dächten, unsere Hilfe für Israel⁵ einzustellen, gab der Präsident seiner Befriedigung über unsere Leistungen an Israel Ausdruck. Er bedauere die entstandenen Schwierigkeiten⁶ außerordentlich. Leider sei es nicht gelungen, die zwischen der amerikanischen und der deutschen Regierung vereinbarte strikte Geheimhaltung⁷ einzuhalten.

Im Zusammenhang mit der deutschen Frage, deren Behandlung im einzelnen Dr. Barzel dem für den nächsten Tag angesetzten Gespräch mit Außenminister Rusk⁸ vorzubehalten anregte, äußerte sich der Präsident mit sehr warmen Worten und versicherte, daß – solange er Präsident sei – Amerika keinen bedeutsamen Schritt tun werde, ohne den Bundeskanzler vorher zu unterrichten. Was Amerika tue, wolle es mit Deutschland gemeinsam tun. Der Bundeskanzler genieße sein volles Vertrauen, und dem deutschen Volk gelte seine absolute Unterstützung. Amerika glaube an die Wiedervereinigung. Zwar sei er nie der Auffassung gewesen, es müßten unbedingt alle amerikanischen

³ Der Chef des Presse- und Informationsamtes, von Hase, teilte mit, daß auf der Kabinettsitzung vom 24. Februar 1965 ein Bericht des Bundesministers Bucher zur Frage der Verjährungsfrist für Gewaltverbrechen in der Zeit des Nationalsozialismus erörtert wurde. Danach könne „entgegen der bisherigen Annahme die Möglichkeit nicht ausgeschlossen“ werden, daß auch nach dem 8. Mai 1965 – dem Tag der Verjährung von Verbrechen aus der Zeit der NS-Herrschaft – „neue Straftaten bekannt werden, die Anlaß zu weiteren Ermittlungen geben müßten“. Vgl. BULLETIN 1965, S. 273. Der Bericht von Bucher wurde am 10. März 1965 dem Bundestag vorgelegt. Vgl. dazu weiter Dok. 133.

⁴ Zur Mission des Unterstaatssekretärs im amerikanischen Außenministerium, Harriman, nach Israel vgl. weiter Dok. 100, besonders Anm. 2.

⁵ Zur Wirtschaftshilfe an Israel vgl. Dok. 103.

⁶ Zu den Bemühungen der Bundesregierung, mit Israel zu einer Vereinbarung über die Ablösung der noch nicht abgewickelten Waffenlieferung durch finanzielle Leistungen zu kommen, vgl. Dok. 70.

Zur ablehnenden israelischen Reaktion vgl. Dok. 77, Anm. 13.

⁷ Zur Absprache über die Lieferungen amerikanischer Panzer durch die Bundesrepublik und zu den vereinbarten Modalitäten vgl. Dok. 39, Anm. 6.

⁸ Am 26. Februar 1965 berichtete Botschafter Knappstein, Washington, aus dem Gespräch des Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion mit dem amerikanischen Außenminister, daß Barzel sich dafür ausgesprochen habe, den 8. Mai 1965 „zum Anlaß für eine Erklärung der drei Westmächte zu nehmen, ähnlich der Berliner Erklärung vom 29. Juli 1957“. Er habe auf die Bedeutung hingewiesen, die eine solche Unterstützung der Deutschlandpolitik der Bundesregierung gerade angesichts der Nahost-Krise haben würde. Sollten wider Erwarten „die Sowjets eine ernsthafte Gesprächsbereitschaft“ zeigen, so sei die Bundesregierung willens, auch über „schwierige Fragen wie die der Sicherheit und der Grenzen Deutschlands“ zu sprechen. In der Sicherheitsfrage müsse allerdings „jede Verschiebung der Machtverhältnisse zugunsten der Sowjets“ vermieden werden, und hinsichtlich der Grenzen eines wiedervereinigten Deutschlands könne keine Festlegung erfolgen, bevor nicht „eine Gewähr für die Durchführung der Wiedervereinigung gegeben sei“. Auf die Frage von Rusk, „was vereinigt werden solle“, antwortete Barzel, „zunächst“ müsse die Wiedervereinigung „der SBZ mit der Bundesrepublik“ angestrebt werden. Vgl. den Drahtbericht Nr. 653; VS-Bd. 8513 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1965.

Truppen in Deutschland stehen, weil er meine, daß sie über Nacht mit Flugzeugen dorthin geflogen werden könnten. Da Deutschland aber die Anwesenheit der Amerikaner für notwendig erachte, blieben die Truppen dort. Er sei dankbar für die deutsche Hilfe im Zusammenhang mit der amerikanischen Zahlungsbilanz.⁹ Dr. Barzel bedankte sich und betonte, die Freundschaft mit Amerika liege gerade der jungen Generation in Deutschland sehr am Herzen.

Zur Frage der MLF wiederholte der Präsident seinen Standpunkt, daß es ihm zunächst zweckmäßig erscheine, wenn wir uns mit den Engländern über diese Frage besprächen.¹⁰ Dies bedeute keineswegs, daß Amerika etwa die MLF nicht mehr für die beste Lösung halte. Er stehe zur MLF genau so fest wie zur Wiedervereinigung und der Notwendigkeit, in Deutschland Truppen zu stationieren. Eine enge deutsch-amerikanische Zusammenarbeit sei die Voraussetzung für einen Erfolg in allen Bereichen.

Zum Schluß der Unterredung brachte Dr. Barzel das Gespräch auf die Vorstellungen des Präsidenten zur „großen Gesellschaft“¹¹ und regte einen Erfahrungsaustausch mit der Bundesrepublik an¹², die auf diesem Gebiet ja seit langem tätig sei. Der Präsident griff diesen Gedanken sofort auf und schlug zunächst Kontakte zwischen Fachleuten aus den beiden Parlamenten vor.

Über den Verlauf des heutigen Gesprächs mit Rusk¹³ sowie über den gesamten Verlauf des Besuches von Dr. Barzel in Washington¹⁴ werde ich morgen berichten.

[gez.] Knappstein

VS-Bd. 8513 (Ministerbüro)

⁹ Für den Wortlaut des deutsch-amerikanischen Devisenausgleichsabkommens vom 11. Mai 1964 vgl. VS-Bd. 5052 (III A 5); B 150, Aktenkopien 1964. Vgl. dazu auch BULLETIN 1964, S. 689f.

¹⁰ Zur Ansicht des amerikanischen Präsidenten, vor weiteren Verhandlungen über die geplante MLF/ANF sollte es zu einer Verständigung zwischen den interessierten europäischen Staaten kommen, vgl. Dok. 64.

¹¹ Präsident Johnson erläuterte seine sozialpolitischen Vorstellungen bezüglich einer „Great Society“ erstmals am 19. November 1964 im amerikanischen Kabinett. Vgl. PUBLIC PAPERS, JOHNSON 1963/64, S. 1604f.

¹² Dazu berichtete Botschafter Knappstein, Washington, am 26. Februar 1965: „In seinem Gespräch mit dem Präsidenten und mit anderen Gesprächspartnern brachte Dr. Barzel einen Gedanken auf, der auf großes Interesse stieß, nämlich [...], wie die Idee der ‚Great Society‘ auf die Staaten der Allianz ausgedehnt werden könnte. Er könne sich vorstellen, daß durch einen Dokumenten- und Erfahrungsaustausch auf den Gebieten des Städtebaus, der Flußregulierung, der Reinerhaltung von Luft und Wasser, der Berufsausbildung, usw. sowohl Amerika wie seine Allianzpartner profitieren könnten. Ein solcher Austausch, der zwischen Parlamentariern oder Experten dieser Länder stattfinden könne, würde durch praktische Erfolge das Zusammengehörigkeitsgefühl in der Allianz wesentlich verbessern.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 654; VS-Bd. 8513 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1965.

¹³ Für das Gespräch des Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion mit dem amerikanischen Außenminister vom 25. Februar 1965, das die Nahost-Krise zum Thema hatte, vgl. den Drahtbericht Nr. 625 des Botschafters Knappstein, Washington, vom 25. Februar 1965; VS-Bd. 3723 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1965.

¹⁴ Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 654 des Botschafters Knappstein, Washington, vom 26. Februar 1965; VS-Bd. 8513 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1965.

Botschafter Bach, Teheran, an das Auswärtige Amt

Z B 6-1-2025/65 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 48

Aufgabe: 26. Februar 1965, 11.30 Uhr¹
Ankunft: 26. Februar 1965, 11.37 Uhr

1) Der iranische Ministerpräsident Hoveida bat mich heute zu einem Gespräch zu sich. Er erklärte mir im Auftrag des Schah, daß der Iran in der augenblicklichen Auseinandersetzung der Bundesrepublik mit Ägypten völlig auf Seiten der Bundesrepublik stehe. Eine Kontaktaufnahme oder sogar eine Anerkennung der sogenannten DDR durch den Iran käme überhaupt nicht in Frage. Für den Iran sei die Bundesregierung die einzige legitime Regierung Deutschlands, und er bedauere es, daß die Bundesregierung in dieser Auseinandersetzung nicht stärker von westlicher Seite unterstützt würde. Hoveida warf die Frage auf, ob es überhaupt noch eine gemeinsame Politik gebe. Offensichtlich bemühten sich die USA, Frankreich und Großbritannien trotz der jüngsten Erfahrungen, die die BRD gemacht hätte, ängstlich darum, ihre Beziehungen zu dem erpresserischen Nasser zu verbessern und ihm weiter wirtschaftliche Hilfe zukommen zu lassen², damit dieser mehr als bisher seine Schaukelpolitik zwischen Ost und West erfolgreich durchführen könne. Hoveida wies demgegenüber auf die Haltung des Schahs hin, der als einziges fremdes Staatsoberhaupt in seinem Interview mit dem Westdeutschen Rundfunk³ sich sofort eindeutig auf die Seite der Bundesregierung gestellt habe.

Der iranische Ministerpräsident kam dann auf die wirtschaftliche Entwicklung seines Landes zu sprechen. Er führte aus, daß die politische Stabilität Irans weitgehend von einer stärkeren Industrialisierung des Landes abhinge. Diese Industrialisierung könne Persien aus eigenen Mitteln nicht vorantreiben, es sei auf die Hilfe seiner Freunde angewiesen. Die Gesamtstruktur des

¹ Hat Ministerialdirigent Ruete vorgelegen, der die Weiterleitung an Referat II 1 verfügte.

² Am 19. Februar 1965 reisten 12 französische Industrielle zu Wirtschaftsgesprächen nach Kairo. Vgl. dazu den Artikel „Frankreich baut seine Wirtschaftsbeziehungen zu Ägypten aus“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 42 vom 19. Februar 1965, S. 1.

Am 5. März 1965 trug Botschafter Knappstein, Washington, gegenüber dem Staatssekretär im amerikanischen Außenministerium die Bitte vor, die USA möchten mit der Wiederaufnahme von Getreidelieferungen an die VAR „so zurückhaltend wie möglich sein“. Die Bundesregierung wolle den Eindruck vermeiden, „als würden diese Lieferungen ohne Rücksicht auf das deutsche Anliegen wieder aufgenommen“. Ball erwiderte darauf, daß „vorläufig“ für die Durchführung einer „Getreidelieferung aufgrund eines Abkommens von 1962“ keine Genehmigung erteilt werde, so daß „in den nächsten 14 Tagen mit einer Erklärung oder Lieferung nicht zu rechnen sei“. Die rein kommerziellen Getreideexporte privater Firmen, die „schon lange“ bewilligt seien, würden jedoch abgewickelt werden. Vgl. den Drahtbericht Nr. 732; VS-Bd. 8448 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1965.

³ Am 17. Februar 1965 bezeichnete Schah Reza Pahlevi in einem von der „Deutschen Welle“ gesendeten Interview die ägyptische Politik als „imperialistisch“ und betonte, die iranische Regierung habe noch nie eine Anerkennung der DDR in Erwägung gezogen. Vgl. Archiv des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung; Abteilung Nachrichten, Rundfunkaufnahme, DLF/17.2.65.

Landes sei sehr gesund, so daß eine Investition in Iran durchaus kein Risiko sei, aber anscheinend hielten manche westlichen Länder eine Investition in dem finanziell gesunden Iran für risikoreicher⁴ als in dem bankroten Ägypten. Hoveida erklärte dann, daß er vor Abreise des Schahs nach Europa eine lange Unterredung mit diesem über die deutsch-iranischen Beziehungen gehabt habe. Der Schah habe ihn beauftragt, über mich eruieren zu lassen, ob die Bundesregierung bereit sei, mit dem Iran über die Verwendung der ursprünglich für das Stahlwerk⁵ vorgesehenen 350 Millionen DM Hermes-Plafonds erneut zu verhandeln. Das Entwicklungsprogramm der neuen iranischen Regierung⁶ sehe vor, daß diese Mittel nicht mehr für ein Stahlwerk verwendet, sondern andere erfolgversprechende Projekte aus diesem Plafond finanziert werden sollen.⁷ Allerdings schienen dem Iran die Kreditbestimmungen zu hart. Hoveida bat darum, Überlegungen anzustellen, ob man den Zinssatz dieses Kredits nicht herabsetzen könne. Er meinte, daß die Bundesregierung in früheren Fällen bereit gewesen sei, kommerzielle Kredite durch Bereitstellung von Bundesmitteln zu verbilligen.

Ich wies den Ministerpräsidenten darauf hin, daß die Bundesregierung sicherlich bereit sei, ihren Freunden zu helfen, ich wisse aber zur Zeit nicht, wie die Hermes-Mittel verplant seien. Ich dürfe jedoch nicht verheimlichen, daß gewisse Schwierigkeiten in den deutsch-iranischen Beziehungen dadurch entstanden seien, daß bereits vor längerer Zeit abgeschlossene Verträge bisher vom Parlament nicht ratifiziert worden seien.⁸ Hoveida sagte zu, sich sofort um die Ratifizierungsgesetze zu bemühen.

⁴ Botschafter Freiherr von Ungern-Sternberg, Teheran, faßte die Ergebnisse der Entwicklungshilfe aus der Bundesrepublik an den Iran folgendermaßen zusammen: „Es hat sich gezeigt, daß der Einsatz der im Regierungsabkommen vom 15. August 1961 zugesagten Kapitalhilfe nur sehr schleppend vorankommt, daß bisher mit Hilfe dieser Mittel kein einziges Projekt von größerer Bedeutung in Gang gesetzt werden konnte [...] und daß schließlich die deutsche Wirtschaft nur einen ganz unverhältnismäßig geringen Nutzen aus der Gewährung deutscher Kapitalhilfe an [den] Iran gezogen hat.“ Vgl. den Schriftbericht vom 27. November 1963; Referat III B 6, Bd. 359.

⁵ Am 26. November 1964 wies Legationsrat I. Klasse Gehlhoff, Teheran, in einem Schriftbericht darauf hin, daß „die von den iranischen Regierungen seit nunmehr 30 Jahren verfolgten Pläne für die Errichtung eines Stahlwerkes durch die Erteilung eines umfassenden Untersuchungsauftrages an das französische Institut IRCID im Herbst 1963 in ein neues Stadium“ getreten seien. „Die wiederholt in der iranischen und vereinzelt auch in der deutschen Presse erschienenen Mitteilungen, wonach mit einer Ausschreibung des Projektes demnächst zu rechnen sei, eilen nach hier vorliegenden Informationen den Ereignissen noch voraus.“ Vgl. Referat III B 6, Bd. 453.

⁶ Am 25. Januar 1965 erlag der iranische Ministerpräsident Mansour den Folgen eines Attentats. Am 27. Januar 1965 berief Schah Reza Pahlevi den bisherigen Finanzminister Hoveida zum neuen Regierungschef. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1965, Z. 36.

⁷ Bereits Ende 1963 machte Botschafter Freiherr von Ungern-Sternberg, Teheran, darauf aufmerksam, daß ein Grund für den „wenig wirksamen Einsatz der deutschen Kapitalhilfe“ darin zu suchen sei, daß ein Teil der im deutsch-iranischen Regierungsprotokoll vom 15. Januar 1961 zugesagten Mittel ohne Lieferbindung und in der Erwartung vergeben worden sei, „daß die iranische Seite technisch und wirtschaftlich gut durchgearbeitete und für die Finanzierung mit Mitteln der deutschen Kapitalhilfe geeignete Projekte vorlegen würde“. Der Iran ziehe es jedoch vor, die „Kredite nicht projekt- und liefergebunden zu erhalten“. Vgl. den Schriftbericht vom 27. November 1963; Referat III B 6, Bd. 359.

⁸ So wurde das deutsch-iranische Gewerbeschul-Abkommen vom 22. Februar 1964 erst Ende Dezember 1964 vom iranischen Parlament ratifiziert. Vgl. dazu BULLETIN 1965, S. 199.

2) Die Unterredung kann den Eindruck erwecken, als wolle der Iran aus der jetzigen Situation für sich Kapital schlagen. Man sollte jedoch nicht übersehen, daß die iranische Regierung sich bisher als aufrichtiger Freund der Bundesrepublik erwiesen und beständig und kompromißlos den deutschen Standpunkt vertreten hat. Alle Anzeichen lassen darauf schließen, daß die iranische Regierung auch in Zukunft – unabhängig von möglicher deutscher Hilfe – die Haltung der Bundesregierung unterstützen wird. Daß der Iran gleichzeitig versucht, für sich Vorteile aus der Lage zu ziehen, sollte man m.E. der Regierung nicht zu sehr anlasten. Der Schah hat seine Meinung im Interview mit der „Süddeutschen Zeitung“ ganz klar ausgesprochen, als er sagte, die Bundesregierung täusche sich, wenn sie annehme, daß man seine Freunde umsonst haben könne.

Nach meiner Ansicht sollte man den guten Willen der iranischen Staatsführung anerkennen, indem wir auf die iranischen Wünsche eingehen. Es liegt in unserem höchst eigenen Interesse, im Nahen Osten einen Freund zu haben, der auch in Zukunft bereit ist, unsere Belange in diesem Raum zu vertreten. Ein Eingehen auf den iranischen Wunsch auf Aufnahme neuer Gespräche über Bereitstellung eines Hermes-Plafonds von DM 350 Millionen scheint mir jetzt auch volkswirtschaftlich besser vertreten zu sein, als man offensichtlich davon abgegangen ist, aus diesen Mitteln das in seiner wirtschaftlichen Nutzung fragwürdige Stahlwerksprojekt⁹ zu finanzieren, sondern die Mittel für erfolgversprechendere Mittelprojekte einsetzen will.

Ich würde es daher begrüßen, wenn der iranische Wunsch bald wohlwollend geprüft werden könnte. Für eine möglichst umgehende grundsätzliche Weisung wäre ich dankbar.

[gez.] Bach

VS-Bd. 3566 (II A 1)

⁹ Am 3. Februar 1965 führte der Mitarbeiter im Bundesministerium für Wirtschaft, Sperl, zu dem geplanten Stahlwerk aus, „daß die Wirtschaftlichkeit des Projektes und seine Finanzierung, insbesondere im Iran selbst, bisher sehr fraglich gewesen sind“. Vgl. Referat III B 6, Bd. 453.

Botschafter Schroeder, Daressalam, an das Auswärtige Amt

Z B 6-1-2040/65 VS-vertraulich

Fernschreiben Nr. 99

Citissime

Aufgabe: 28. Februar 1965

Ankunft: 28. Februar 1965, 16.35 Uhr

I. Einstweilen überwiegende Reaktion der Öffentlichkeit auf Abflug der Militärberater-Gruppe¹ ist Betrübnis und Bestürzung. Die Europäer sind geteilter Meinung, Inder besorgt, Afrikaner ohne Verständnis. Auf die Plötzlichkeit war niemand vorbereitet.² Von tansanischer Seite wurde zum Beispiel bemerkt, daß sie bei Deportationen mindestens 24 Stunden Zeit gewährten, während wir unsere eigenen Leute binnen 22 Stunden „deportiert“ hätten. Der vorgeführte Kraftakt wird sicherlich imponieren, widerspricht jedoch der afrikanischen Palaver-Mentalität. Die Sympathien pflegen sich hier erfahrungsgemäß dem Schwächeren zuzuwenden, und Macht wird nur insoweit geschätzt, als sie nicht angewandt wird. Es sei mit Kanonen nach Spatzen geschossen worden, und der Schuß könne nach hinten losgehen. Die Einsicht, daß unsere Maßnahme eine unvermeidliche und notwendige Folge des unfreundlichen Verhaltens Tansanias uns gegenüber war, fehlt bei der breiten Bevölkerung, die nur die Partei- und Regierungsmeinung hört. Der Rundfunk hat den Abflug bisher nicht gemeldet, von der Presse wurde er nur im „Standard“ berichtet.³

¹ Am 25. Februar 1965 informierte Staatssekretär Carstens Botschafter Schroeder, Daressalam, über die Entscheidung des Bundeskabinetts vom Vortag, die militärische Ausbildungshilfe „sofort“ einzustellen. Die „Luftberatergruppe einschließlich Techniker sowie Marinepersonal“ habe Tansania „unverzüglich auf dem Luftwege“ zu verlassen. Vgl. den Drahterlaß Nr. 54; VS-Bd. 2545 (I B 3); B 150, Aktenkopien 1965.

Die Militärberater flogen am Morgen des 27. Februar 1965 aus Tansania ab. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 97 des Botschafters Schroeder, Daressalam, vom 27. Februar 1965; Referat I B 3, Bd. 609.

² Dazu teilte Staatssekretär Carstens Botschafter Schroeder, Daressalam, mit Drahterlaß vom 1. März 1965 mit: „Für Ihre dortigen Gespräche gebe ich Ihnen noch folgendes Argument an die Hand: Mir hat der hiesige tansanische Botschafter noch wenige Tage vor dem 19. Februar auf das Bestimmteste erklärt, die Mitteilung über die Zulassung des Generalkonsulats der SBZ würde nicht am 19. Februar veröffentlicht werden. Dies sei ihm telefonisch von seiner Regierung ausdrücklich und eindeutig bestätigt worden. Unser Botschafter in Daressalam sei falsch unterrichtet. Ich will dem hiesigen Botschafter keinen persönlichen Vorwurf machen. Er gibt sich große Mühe. Aber wenn jemand Grund hatte, über die Plötzlichkeit eines Ereignisses überrascht zu sein, dann wir über die Mitteilung vom 19. Februar.“ Vgl. VS-Bd. 421 (Büro Staatssekretär); B 150, Aktenkopien 1965.

³ Botschafter Schroeder, Daressalam, teilte dazu mit, die Tageszeitung „Tansania Standard“ habe am 23. Februar 1965 eine „ausgezeichnete sachliche und eindrucksvolle Zusammenfassung des deutschen Standpunkts zur Frage unserer Beziehungen mit Tansania“ veröffentlicht. Der Artikel mache deutlich, „wie schwer es der Bundesregierung falle, ausgerechnet gegen Tansania die notwendigen Konsequenzen zu ziehen, daß ihr jedoch nach Lage der Dinge nichts anderes übrig bliebe“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 86 aus Daressalam vom 23. Februar 1965; Referat I B 3, Bd. 606.

II. Verschiedene Gespräche mit Kabinettsmitgliedern nach meiner letzten Aussprache mit Nyerere⁴ ergaben, daß auch die Regierung überrascht wurde. Auch hier fehlt jedoch das Verständnis, und man sucht die Schuld überall, nur nicht bei sich selbst. Das gilt vor allem für Kambona, der die Regierung über seine Bonner Verhandlungen offenbar falsch unterrichtet hatte und der jetzt auf der OAU-Ministertagung in Nairobi⁵ gegen uns agitieren durfte. Es besteht die Meinung, daß wir unsere Wut und Ohnmacht gegenüber Nasser, gegen den wir auf Druck unserer Verbündeten keine Schritte unternehmen dürfen und werden, an Tansania auslassen. Die Maßnahmen gegen Daressalam werden auch als indirekter Racheakt der Amerikaner, von denen wir abhängig seien, ausgelegt.⁶ Durch den Abzug der Militärhilfe schwächten wir die Sicherheit Tansanias, das ohnehin viel schwächer sei als Ägypten und im Gegensatz zu diesem mit einem Problem – Sansibar –, wie es kein anderes afrikanisches Land habe, belastet sei. Man frage sich, warum wir es dem Osten in die Arme treiben wollten. Von den Amerikanern sei man Dummheiten gewohnt, bei uns sei dies jedoch eine Überraschung. Das Volk werde sich fragen, ob unsere für Tansania bekundete Freundschaft überhaupt echt gewesen sei oder nur egoistisch begründet. Die Gegenargumente gegen diese absurden Vorstellungen werden zwar angehört und vielleicht verstanden, aber nicht begriffen.

Nyerere deutete an, daß er vermutlich eine Massenkundgebung werde abhalten müssen, um dem Volk zu erklären, warum er von den Deutschen im Stich gelassen werde. Der Tenor dürfte sein, daß wir die Union mit Sansibar hätten zerbrechen wollen, was er nicht habe zulassen können. Die TANU⁷ soll für den 27.2. eine Demonstration vor meiner Residenz geplant haben, die jedoch auf Einspruch Nyereres unterblieb. Ein Minister ließ durchblicken, daß man sich frage, ob es jetzt noch Sinn habe, die Zone nicht anzuerkennen, nachdem

⁴ Am 26. Februar 1965 informierte Botschafter Schroeder, Daressalam, den tansanischen Präsidenten von der Entscheidung der Bundesregierung. Nyerere habe „keine Einwände geltend“ gemacht. Vgl. den Drahtbericht Nr. 96; VS-Bd. 3566 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1965.

⁵ Die Konferenz der Außenminister der Organisation der Afrikanischen Einheit, auf der in erster Linie über die politische Lage im Kongo beraten wurde, fand vom 26. Februar bis 9. März 1965 statt. Vgl. dazu den Drahtbericht des Botschafters Soltmann, Nairobi, vom 10. März 1965; Referat I B 3, Bd. 638.

⁶ Im November 1964 war es zu einer Krise in den amerikanisch-tansanischen Beziehungen gekommen, nachdem Außenminister Kambona öffentlich behauptet hatte, es gebe „dokumentarische Unterlagen“ darüber, „daß gewisse große westliche Mächte‘ ein Komplott“ gegen Tansania planten, um „seine Rolle als Hauptquartier für das Befreiungskomitee der OAU zu liquidieren“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 350 des Botschafters Schroeder, Daressalam, vom 11. November 1964; VS-Bd. 2182 (I B 3); B 150, Aktenkopien 1964.

Mitte Januar 1965 verwies die tansanische Regierung die amerikanischen Diplomaten Gordon und Carlucci mit der Begründung des Landes, sie hätten sich an einem „Umsturzversuch in Sansibar“ beteiligt. Im Zusammenhang mit der daraufhin erfolgten Ausweisung des tansanischen Botschaftsrats Katura aus Washington wurde auch Botschafter Shariff von der tansanischen Regierung aus Washington abberufen. Vgl. den Drahtbericht Nr. 162 des Botschafters Knappstein, Washington, vom 15. Januar 1965; VS-Bd. 2544 (I B 3); B 150, Aktenkopien 1965. Vgl. dazu auch den Drahtbericht Nr. 44 von Schroeder vom 1. Februar 1965, sowie den Drahtbericht Nr. 502 des Gesandten von Lilienfeld, Washington, vom 15. Februar 1965; Referat I B 3, Bd. 609.

⁷ Die „Tanganyika African National Union“, deren Vorsitzender Präsident Nyerere und deren Generalsekretär Außenminister Kambona war, war die Staatliche Einheitspartei Tansanias.

unsere Hilfe eingestellt werden soll. Nach hiesiger Vorstellung ist es offenbar die Hauptaufgabe einer Botschaft, dem Gastland Hilfe zu erweisen, sonst ist sie entbehrlich. Botschafter Kahama, der heute hier eintreffen soll⁸, habe Nyerere telegrafisch vom Boykott seines Empfangs in Bonn berichtet⁹, was den Präsidenten besonders verletzt habe (ich wandte ein, daß man dort in den Tagen der Kairo-Krise sicherlich keine Zeit für gesellschaftliche Veranstaltungen gehabt habe). Besonders erbittert hat auch das Gerücht, daß Kenia sich um Tansania zu entziehende deutsche Entwicklungshilfe beworben habe.

Wie weiter aus Ministergesprächen zu entnehmen, soll kurz nach der jetzigen OAU-Tagung in Nairobi auf Initiative Nassers eine Konferenz der Staatschefs einberufen werden¹⁰, um die Deutschlandfrage zu behandeln. Nyerere habe sich auf der letzten Tagung in Kairo dagegen ausgesprochen, werde jetzt jedoch zustimmen. Von neun afrikanischen Ländern wisse man hier, daß sie für Anerkennung der Zone eintreten würden. (Ich regte an, daß die OAU einen Appell an Moskau richten sollte, die Wiedervereinigung zu gestatten, was ihr Eintreten für Recht und Freiheit wirklich glaubhaft machen würde. Die Erwiderung war, daß nicht Moskau, sondern Washington die Wiedervereinigung verhindere.) Die hiesige Lage ist, wie sich aus Vorstehendem ergibt, ein Gewirr von Gerüchten, kaum verhüllten Drohungen und einer gewissen Ratlosigkeit und wird sich wohl erst in einigen Tagen abklären.

III. Nach Ansicht der Botschaft war die getroffene Maßnahme sachlich richtig, jedoch in der Form der Durchführung, insbesondere der Eile, unserem Image bei den Afrikanern nicht zuträglich. Die Flughafenkontrolle erfuhr davon noch vor der Botschaft, was die Gerüchtebildung begünstigte und unseren Militärs auch die Möglichkeit nahm, sich zu verabschieden.

Die Regierung scheint sich noch abwartend zu verhalten, und ihre weiteren Schritte dürften wohl davon abhängen, was das Bundeskabinett über die Einstellung der Entwicklungshilfe endgültig beschließt. Der hiesige Beschuß, ein Generalkonsulat der Zone zuzulassen, wird nicht zurückgenommen werden. Der Sitz bleibt noch offen, jedoch dürfte jetzt nach unseren einleitenden Maßnahmen Daressalam so gut wie sicher sein. Kiesewetter ist noch immer in Sansibar (seit 12.1.), und Fritsch war in den letzten Tagen wiederholt hier.

Konkrete Fragen, die von den Ministern an mich gerichtet wurden, betrafen in erster Linie den Verbleib des DED¹¹, die 2 geschenkten Küstenwachboote

⁸ Zur Abreise des Botschafters aus Bonn vgl. Dok. 84, Anm. 56.

⁹ Vor seiner Abreise am 26. Februar 1965 hatte der tansanische Botschafter Kahama Staatssekretär Carstens um eine weitere Unterredung gebeten, aber es kam nur noch zu einem Telefongespräch. Vgl. den Vermerk von Carstens vom 26. Februar 1965; VS-Bd. 421 (Büro Staatssekretär); B 150, Aktenkopien 1965.

¹⁰ Zu der für März 1965 geplanten Zweiten Afro-asiatischen Konferenz in Algier vgl. Dok. 1, Anm. 5.

¹¹ Bereits am 26. Februar 1965 regte Botschafter Schroeder, Daressalam, an, die Projekte des Deutschen Entwicklungsdienstes nicht einzustellen, „da [die] Auseinandersetzung mit tansanischer Regierung sich in gemäßigten Formen abzuspielen scheint und [ein] Abzug beispielsweise von Krankenschwestern des Entwicklungsdienstes bittere Gefühle aufkommen lassen könnte“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 96; VS-Bd. 3566 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1965.

(zur Zeit im Bau) und den Rücktransport der 2 in Mombasa befindlichen Leihboote mit 27 Mann nichtseemännischer tansanischer Besatzung. Um für Tansania, das im Grunde westlich orientiert bleiben will, noch interessant zu bleiben, sollten wir, nachdem die Operation bei der Militärhilfe vollzogen ist, in der Abwicklung der sonstigen Fragen großzügig sein.¹² Vor allem sollte vermieden werden, daß das hinterlassene wertvolle Gerät verkommt, was unserem Ansehen nur schaden könnte. Ich sagte Nyerere, daß es meines Wissens zur Fortsetzung der Ausbildung gebraucht werden könne, machte jedoch ihm, wie auch einem Minister, der die Frage stellte, ob auch die Zone es benutzen dürfe, klar, daß hieran selbstverständlich nicht gedacht sei, und daß dies die heftigsten Reaktionen in Deutschland auslösen, wie auch dem Ansehen Tansanias in der sonstigen westlichen Welt schaden würde.¹³

[gez.] Schroeder

VS-Bd. 421 (Büro Staatssekretär)

¹² Am 25. Februar 1965 teilte Staatssekretär Carstens Botschafter Schroeder, Daressalam, mit, daß die Bundesregierung zwar grundsätzlich die Einstellung der Entwicklungshilfe beschlossen habe, diese Entscheidung jedoch deshalb noch nicht „formalisiert und öffentlich verkündet“ worden sei, weil noch Hoffnung auf ein Einlenken der tansanischen Regierung bestehe. Vgl. den Drahterlaß Nr. 54; VS-Bd. 2545 (I B 3); B 150, Aktenkopien 1965.

¹³ Am 28. Februar 1965 bezeichnete der tansanische Präsident gegenüber Botschafter Schroeder, Daressalam, das Vorgehen der Bundesregierung als einen „Zwei-Phasen-Plan“, um die tansanische Regierung zum Einlenken zu veranlassen. Nyerere betonte, „wenn er unter diesem Druck nachgäbe, würde er sein Ansehen vor sich selbst, Afrika und der Welt verlieren. Es bliebe ihm gar nichts anderes übrig, als von sich aus eine öffentliche Verzichtserklärung auf weitere Entwicklungshilfe abzugeben [...]. Er könne andererseits jetzt als Trotzreaktion aber auch nicht die Zone anerkennen, was logisch wäre, da das seinen Prinzipien widerspräche.“ Am 1. März 1965 berichtete die tansanische Presse von dem Verzicht auf weitere Entwicklungshilfe aus der Bundesrepublik. Botschafter Kahama, der sich noch in Daressalam aufhielt, erklärte dazu gegenüber Schroeder, bei diesem „Statement“ handele es sich nur um eine „Geste“. Die Bundesregierung solle es vielmehr als ein „Angebot zu weiteren Verhandlungen betrachten. Dies sei der afrikanische Weg, Politik zu machen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 100 aus Daressalam vom 1. März 1965; VS-Bd. 2617 (I B 3); B 150, Aktenkopien 1965.

Zum Fortgang vgl. Dok. 195.

**Vortragender Legationsrat I. Klasse Brückner, Budapest,
an das Auswärtige Amt**

Z B 6-1-2072/65 geheim
Fernschreiben Nr. 35

Aufgabe: 1. März 1965, 18.00 Uhr¹
Ankunft: 1. März 1965, 22.33 Uhr

Derzeitiges Verhältnis ungarische Regierung – Handelsvertretung

Eine sich schon seit Monaten anbahnende Entwicklung², die das Verhältnis der ungarischen Regierung zur Handelsvertretung betrifft, hat ein Stadium erreicht, das eine diesbezügliche Berichterstattung erforderlich macht. Ein längeres Gespräch des Wiener Korrespondenten des „Echo der Zeit“ und anderer deutscher Blätter, Herbert Lucht, mit dem stellvertretenden Außenminister Szilagyi gab hierfür den letzten Anlaß. Bei ihm handelt es sich um denselben Mann, der auch Herrn Beitz während seines letzten Aufenthalts in Budapest empfangen hat, nachdem Kadar³ dies abgelehnt hatte und der Erste Außenminister⁴ dies nicht tun konnte, weil er außer Landes war.

Danach haben in Ungarn endgültig jene Kreise der Regierung und der Partei Oberhand gewonnen, die von vornherein auf eine strenge Einschränkung der Tätigkeit der HV auf reine Handelsfragen drängten und jede großzügigere Interpretierung des Passus des Abkommens über die Errichtung von Handelsmissionen⁵ entschieden ablehnen, in dem es heißt: „Die beiden Regierungen betrachten die Errichtung von Handelsvertretungen als ein Mittel für die Verbesserung der Beziehungen zwischen den beiden Völkern. Sie hoffen auf eine weitere, dem Geiste dieser Vereinbarung entsprechende Entwicklung.“ Unter dem offenkundigen Einfluß der Sowjetunion und vor allem der Zone ist in den letzten Monaten der Vertretung jede Arbeit auf anderen als wirtschaftlichem Gebiete unmöglich gemacht worden. Man geht ungarischerseits konzentriert und systematisch daran, die Fortsetzung aller Kontakte, die die HV im letzten Halbjahr oft sehr mühevoll auf verschiedenen nicht die Wirtschaft betreffenden Gebieten angeknüpft hat, zu unterbinden und neue Versuche, die Beziehungen zu erweitern, von vornherein zu verhindern. Man benutzt zu diesem

¹ Hat Legationsrätin I. Klasse Rheker vorgelegen, die eine Ausfertigung des Drahtberichts an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Oncken weiterleitete und handschriftlich vermerkte: „Zusatz: Die sich aus dem Drahtbericht ergebenden möglichen politischen Konsequenzen für unsere Außenpolitik werden mit D II und Dg II erörtert.“

² Bereits am 6. November 1964 berichtete der Leiter der Handelsvertretung in Budapest, Brückner, daß seinem Stellvertreter, Kersting, im ungarischen Außenministerium mitgeteilt worden sei, die Handelsvertretung solle sich „streng“ an die Abmachungen des Abkommens vom 10. November 1963 halten und sich nicht mit Angelegenheiten befassen, „die mit dem Charakter einer Handelsvertretung nichts zu tun“ hätten. Vgl. den Drahtbericht Nr. 43; VS-Bd. 3137 (II A 5); B 150, Aktenkopien 1965.

³ Korrigiert aus: „Bgadar.“

⁴ Janos Peter.

⁵ Für den Wortlaut des Abkommens mit Ungarn vom 10. November 1963 über den Waren- und Zahlungsverkehr und über die Errichtung von Handelsvertretungen vgl. VS-Bd. 8374 (II A 5); B 150, Aktenkopien 1963.

Zwecke ein sehr einfaches, aber sehr wirksames Mittel. Die HV ist gezwungen, alle Besuche bei prominenten Persönlichkeiten des ungarischen öffentlichen Lebens (außer Wirtschaft) über das Protokoll des Außenministeriums anzumelden. Wünschen meine Mitarbeiter oder ich nun diesen oder jenen wichtigen Mann zu sprechen, so werden diese Bitten zwar höflich entgegengenommen, aber es ist nicht möglich, positive Zusagen zu erhalten. Sobald bekannt wird, daß es sich bei den Gesprächen nicht um Wirtschaftsfragen handelt, sind wir gezwungen, bei Anmeldung der Besuche dem Protokoll auch den Grund des Besuches anzugeben – werden unter den verschiedensten Ausflüchten, oft den törichtsten, derartige Begegnungen unmöglich gemacht. Versucht man, aufgrund bereits bestehender Bekanntschaften unmittelbar mit solchen Persönlichkeiten eine Zusammenkunft zu vereinbaren, so kommt es in jüngster Zeit oft zu der bizarren Lage, daß diese Personen zunächst zu-, aber am folgenden Tage wieder absagen mit der Begründung, sie gehörten zu dem Personenkreis, der mit der HV nur durch Vermittlung des Protokolls verkehren dürfe, obwohl sie sich in früheren Fällen nicht darauf berufen haben. Das geht zuweilen so weit, wie im Falle des Herrn Dr. Wild, des Leiters der deutschen Minderheit in Ungarn, dem ich im Namen und Auftrag von Prof. Klaus Mehnert als Dank für letzterem erwiesene Gastfreundschaft sozusagen als Briefträger ein Buch übersandt hatte und der mir hierauf zu verstehen gab, daß es nicht zu den Aufgaben einer Handelsvertretung gehöre, derartiges zu tun. Dieses Benehmen eines relativ unbedeutenden Mannes beweist das Vorhandensein einer offiziellen Weisung über das Verhalten gegenüber der deutschen Handelsvertretung, die selbst unteren Instanzen bekanntgegeben wurde.

Auch die Vertretungen der Ostblockstaaten haben offensichtlich ihr Verhalten mir gegenüber im gleichen Sinne mit der ungarischen Regierung abgestimmt. Mein Versuch, mit den Botschaftern Bulgariens, Polens, Rumäniens in Kontakt zu kommen, ist in den Fällen Polen und Bulgarien gescheitert, wobei beide Botschaften dieselbe Taktik anwendeten wie das ungarische Außenministerium, sie nahmen die Anmeldungen der Besuche entgegen, versprachen zurückzurufen und haben das dann unterlassen. Nur der rumänische Botschafter hat sich nicht darum gekümmert und wird mich empfangen. Das ist die eine Seite.

Andererseits ist dem ungarischen Außenhandelsministerium an einer Vertiefung der wirtschaftlichen Beziehungen gelegen. Und man ist sogar bereit, noch weiter zu gehen. Man würde offenbar auch, was Herr Szilagyi gleichfalls bestätigte, die Aufnahme konsularischer und kultureller Beziehungen mit der Bundesrepublik billigen. Man ist aber dazu nur über den Weg gesonderter Verhandlungen (nicht mit den wirtschaftlichen Besprechungen zusammen) und des Abschlusses eines Sondervertrages über konsularische und kulturelle Beziehungen bereit. Hierbei taucht sofort die Frage auf, wie soll es in diesem Falle mit der Berlinklausel gehalten werden.⁶ Jedenfalls ist die ungarische Ab-

⁶ Berlin (West) war in das Abkommen mit Ungarn vom 10. November 1963 über den Waren- und Zahlungsverkehr und über die Errichtung von Handelsvertretungen durch inhaltliche Verknüpfung mit einem vertraulichen Briefwechsel über den Zahlungsverkehr einbezogen, in dem als Gel-

sicht darauf gerichtet, sagen zu können, die Bundesrepublik habe nach dem Abkommen über den Warenverkehr und die Errichtung einer Handelsvertretung nun auch weitere Verträge über konsularische und kulturelle Fragen abgeschlossen. Damit habe [man] nur wiederum einen Schritt im Sinne der Ausöhhlung der Hallstein-Doktrin getan. Im übrigen wäre man damit einverstanden, daß diese zusätzlichen kulturellen und konsularischen Aufgaben von der Handelsvertretung übernommen werden. Ich bitte, das oben gesagte mit der Einschränkung zu verstehen, daß die letzte Bestätigung der Richtigkeit meiner Auffassung nur durch unmittelbare offizielle Gespräche mit den zuständigen ungarischen Stellen erlangt werden könnte, für deren Aufnahme ich bisher noch keine Weisung erhalten habe.

Ungarns politischer Fahrplan der Bundesrepublik gegenüber sieht für dieses Jahr ungefähr folgendermaßen aus:

- a) Die Bundesrepublik zu bewegen, von sich aus die Initiative zur Erweiterung der Beziehungen auch auf kulturellem und konsularischem Gebiete zu ergreifen.
- b) Die Bundesrepublik versuchen zu überreden, die Hallstein-Doktrin in bezug auf die Ostblockstaaten aufzugeben, weil sie in diesen Staaten nicht durchführbar ist und deshalb ihren Sinn verloren hat. Dabei werden interessanterweise Gräfin Dönhoffs Gedankengänge aufgegriffen, die sie in einem kürzlich in der „Zeit“ erschienenen Aufsatz über die Ostpolitik geäußert hat.⁷ Sie meinte damals, daß die Hallstein-Doktrin in den Ostblockstaaten schon deshalb unanwendbar ist, weil sie noch gar nicht geboren war, als bereits volle diplomatische Beziehungen der sozialistischen Staaten zur Zone bestanden.⁸ Es ist auch noch bemerkenswert, daß man hier vermutet, nicht die Gräfin Dönhoff sei Initiantin des Artikels, sondern linksgerichtete CDU-Kreise, die auf diese Weise einen Versuchsballon starten wollten,
- c) alle Bemühungen irgendwo auf der Welt zu unterstützen, die die Hallstein-Doktrin so vollkommen aushöhlen, daß die Bundesrepublik selbst sie eines Tages ganz aufgeben muß.
- d) Eine so geführte systematische Aufweichungspolitik gegen unsere Wiedervereinigungspolitik wird als letzte Konsequenz unsere Alliierten und Freunde so müde werden lassen, daß sie eines Tages der Deutschlandfrage überdrüssig sein, sich aus der Verantwortung für die Wiedervereinigung vollständig zurückziehen und die Lösung den „beiden“ deutschen Staaten überlassen werden.

Fortsetzung Fußnote von Seite 413

tungsbereich die Währungsgebiete des Forint und der Deutschen Mark (DM-West) genannt waren.

⁷ Vgl. dazu den Artikel „Doktrin als Dogma? Das Hallstein-Rezept: Nützlich gegen Nasser, verfehlt gegenüber Osteuropa“; DIE ZEIT, Nr. 6 vom 5. Februar 1965, S. 1.

⁸ Zur sogenannten „Geburtsfehler-Theorie“ äußerte Bundesminister von Brentano Anfang Dezember 1956 mit Blick auf die reformkommunistische Bewegung in Polen, es sei zu überlegen, ob Polen „seine Beziehungen zu der Regierung in Ost-Berlin nicht unter ganz anderen als den gegenwärtigen Voraussetzungen hergestellt habe und ob daher jetzt nicht auch andere Voraussetzungen gegeben seien, wenn die Regierung Gomulka tatsächlich einen neuen Weg beschreiten werde“. Vgl. FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 284 vom 3. Dezember 1956, S. 3.

den. Damit wäre dann das Problem im sowjetischen Sinne gelöst und in unserem gescheitert.

Zunächst aber beschränkt sich Ungarns Aufgabe in diesem Programm auf das Nahziel, eine Erweiterung der wirtschaftlichen Beziehungen zu konsularischen und kulturellen, dann zu diplomatischen zu erreichen. Isolierung der Handelsvertretung und eine strenge Beschränkung ihrer Tätigkeit auf wirtschaftliche Fragen beschleunigt nach ungarischer Auffassung eine solche Entwicklung.⁹

[gez.] Brückner

VS-Bd. 3967 (II A 5)

100

Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem amerikanischen Botschafter McGhee

Z A 5-33.A/65 geheim

2. März 1965¹

Der Herr Bundesminister des Auswärtigen empfing am 2. März 1965 um 10.00 Uhr den amerikanischen Botschafter, Herrn McGhee.

Der *Botschafter* berichtete zunächst über die Mission Harrimans in Israel.² Harriman glaube, es sei ihm gelungen, etwas Öl auf die Wogen zu gießen und zur Beruhigung der Lage beizutragen. Die Israelis hätten sich jedoch nicht bereit erklärt, eine Barabfindung, die sie als ungeeignet bezeichnet hätten, zu akzeptieren.³ Die deutsche Seite werde wohl mit den Israelis weiterverhandeln müssen. Man habe gehört, daß Bonn daran denke, einen Emissär nach Tel Aviv zu entsenden⁴, und daß hierfür Herr Krone vorgesehen werden solle.

⁹ Zu den Beziehungen zu Ungarn vgl. weiter Dok. 170.

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Weber am 3. März 1965 gefertigt und am gleichen Tag Bundesminister Schröder zugeleitet.
Hat Schröder am 3. März 1965 vorgelegen.

² Der Unterstaatssekretär im amerikanischen Außenministerium Harriman hielt sich Ende Februar/Anfang März 1965 im Nahen Osten auf. Am 4. März 1965 gab Botschafter Knappstein, Washington, die Information aus dem amerikanischen Außenministerium weiter, daß hinsichtlich „direkter Waffenlieferungen“ noch keine amerikanische Zusage gegeben worden sei. „In der Frage der restlichen deutschen Lieferungen habe Harriman berichtet, daß er den Eindruck gehabt habe, seine Gesprächspartner beständen auf der Erfüllung der deutschen Verpflichtungen. Über eine Lösungsmöglichkeit oder einen sich anbietenden Ausweg habe er – soweit dem Gesprächspartner bekannt war – nicht berichtet.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 709; VS-Bd. 8420 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1965.

³ Zur Erklärung des Ministerpräsidenten Eshkol am 15. Februar 1965 vor der Knesseth vgl. Dok. 77, Anm. 13.

⁴ Am 3. März 1965 hielt Staatssekretär Carstens fest, Botschafter Knappstein, Washington, habe in einem Telefongespräch vorgeschlagen, daß es „sehr hilfreich sein würde, wenn die Bundesregierung einen Beauftragten nach Israel zur Erörterung der im deutsch-israelischen Verhältnis ent-

Der Herr *Minister* sagte, er sei sehr enttäuscht, daß Gouverneur Harriman kein anderes Resultat erzielt habe, dies um so mehr, da er daran denke, daß McNamara dem Herrn Bundeskanzler sehr klar gesagt habe, den Israelis werde bedeutet oder sei bedeutet worden, daß, wenn das Abkommen nicht geheim gehalten werde, dies das Ende der Lieferungen sei.⁵ Er sei enttäuscht, wenn unter diesen Bedingungen die Ablösung dessen, was ein Geschenk sei – denn darum handle es sich –, durch Barmittel nicht akzeptiert werde, glaube er doch, daß dies eine sehr großzügige Behandlung der Angelegenheit gewesen sei. Ob weitere Kontakte mit Israel in dieser Angelegenheit gepflegt würden, sei noch nicht entschieden, ebensowenig die Frage, ob und wer als Emis-sär nach Israel gehen sollte.

Der *Botschafter* fragte, ob mit den Israelis nie darüber gesprochen worden sei, daß ein Bekanntwerden des Abkommens gleichzeitig die Einstellung der Lieferungen bedeute.

Der Herr *Minister* sagte, er habe in dieser Frage nie selbst irgendwelche direkten Kontakte mit Israelis gehabt, und er wisse nicht, was das Bundesverteidigungsministerium abgemacht haben mag. Für das Kabinett habe die Sache so ausgesehen, daß die Abwicklung durch Zwischenschaltung Italiens, d. h. sogar der italienischen Regierung, erfolgen sollte. Was wirklich vereinbart worden sei, entziehe sich seiner Kenntnis. Was diesen Punkt angehe, so hätte er sich absolut auf die Vereinigten Staaten verlassen, weil niemand anders als die Amerikaner die Waffenlieferungen aufgebracht hätten⁶, offenbar nicht ohne längere vorherige Fühlungnahme mit den Israelis.

Der *Botschafter* erwähnte sodann den Vorschlag, daß die Panzer den Amerikanern gegeben werden und sie nur den Transport übernehmen sollten.⁷ Er sehe allerdings nicht ein, wieso sich hierdurch etwas Grundsätzliches ändere.

Der Herr *Minister* erwiderte, er wisse davon nichts im einzelnen, doch sei die Idee wohl im Verteidigungsministerium aufgekommen. Die Frage des Transportes sei offensichtlich völlig anders behandelt worden, als sie sich aus der Perspektive des Kabinetts ausgenommen habe. Dies scheine aber mehr eine interne Frage zu sein, die vor allem die deutschen Stellen betreffe. Wenn die Amerikaner den Transport übernahmen, würde er darin keine Erleichterung erblicken. Die einzige Erleichterung sehe er in einer direkten Lieferung durch die Amerikaner.

Fortsetzung Fußnote von Seite 415

standenen Fragen entsenden würde. Schon diese Tatsache würde auf die amerikanische öffentliche Meinung beruhigend wirken.“ Bundesminister Schröder vermerkte dazu handschriftlich: „Es geht hier wirklich nicht um die US-Meinung, sondern um eine diskrete Regelung!“ Vgl. VS-Bd. 422 (Büro Staatssekretär); B 150, Aktenkopien 1965.

Die Entsendung des CDU-Abgeordneten Birrenbach nach Israel stand seit Ende Februar 1965 fest. Vgl. dazu BIRRENBACH, Sondermissionen, S. 96.

Zur Mission von Birrenbach vgl. Dok. 120.

⁵ In diesem Sinne äußerte sich auch der Unterstaatssekretär im amerikanischen Außenministerium Harriman am 12. Februar 1965 gegenüber Botschafter Knappstein, Washington. Vgl. Dok. 74.

⁶ Zur Absprache über die Lieferungen amerikanischer Panzer durch die Bundesrepublik und zu den vereinbarten Modalitäten vgl. Dok. 39, Ann. 6.

⁷ Zur Übernahme der Panzerlieferungen durch die USA vgl. weiter Dok. 125, besonders Ann. 15.

Der *Botschafter* fragte, ob irgend jemand auf deutscher Seite mit den Israelis über die Bedingungen gesprochen habe, unter denen das Lieferungsprogramm eingestellt würde.

Wie der Herr *Minister* antwortete, sei seines Wissens Herrn Shinnar nur die Tatsache als solche und der deutsche Wunsch mitgeteilt worden, für die restliche Lieferung eine Abfindung vorzusehen.⁸ Soviel er wisse, seien keine Vorschläge über die Bedingungen gemacht worden.

Der *Botschafter* fragte sodann, ob über dieses Thema nicht gesprochen worden sei, als deutscherseits die Verpflichtung zur Lieferung der Panzer eingegangen worden sei.

Der Herr *Minister* führte aus, das Kabinett sei davon ausgegangen, daß eine Zwischenschaltung Italiens vorgesehen sei. Wie die Regelung aussehe, wenn diese Zwischenschaltung nicht erfolge, müsse zwischen dem Verteidigungsministerium und den Israelis ausgemacht worden sein, doch wisse er davon nichts. Die Unklarheit, die zwischen dem Kabinett und dem Verteidigungsministerium bestehe, sei sehr unangenehm, und er bitte den Botschafter darum, nur zurückhaltend darüber nach Washington zu berichten, doch zeige dies andererseits, daß das Äußerste getan worden sei, um die Angelegenheit so diskret wie möglich zu behandeln.

Der *Botschafter* erwähnte sodann das vom Bundestagspräsidenten gegebene Frühstück und bezog sich auf die Äußerung des Herrn Ministers, daß auf die Bundesregierung Druck ausgeübt werde, die Beziehungen zu Kairo abzubrechen.⁹ Er fragte, ob dieser Druck fortbestehe.

Wie der Herr *Minister* ausführte, werde der ganze Fragenkomplex am heutigen Tage noch einmal mit dem Herrn Bundeskanzler erörtert.¹⁰ Er wisse nicht, was seine Kabinettskollegen in der Zwischenzeit erlebt und gedacht hätten. Man müsse die Dinge noch einmal neu ins Auge fassen.

Der *Botschafter* erklärte, die amerikanische Regierung würde es als unklug erachten, wegen des Ulbricht-Besuchs¹¹ die Beziehungen zu Kairo abzubrechen. Es wäre nicht ohne Gefahr, wenn man die VAR zu einem Bruch der Beziehungen zwingen würde, weil dadurch die anderen arabischen Staaten ermuntert würden, das gleiche zu tun. Die Kommunisten hätten dann sehr viel größere Möglichkeiten einer Einflußnahme und Infiltration. Auch der SBZ würde ein größeres Betätigungsgebiet eröffnet werden, wobei man nicht übersehen dürfe, daß es sich auch um Deutsche mit technischem Talent und Geschick handle.

⁸ Vgl. Dok. 70.

⁹ So sprach am 25. Februar 1965 der Präsident der EWG-Kommission, Hallstein, bei Bundeskanzler Erhard vor und „plädierte entschieden“ für den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zur VAR. Der ebenfalls anwesende Bundesminister Schröder hatte „Hallsteins Argumenten nichts entgegenzusetzen“. Vgl. OSTERHELD, Außenpolitik, S. 160.

Vgl. dazu weiter Dok. 115, Anm. 6.

¹⁰ Vgl. Dok. 101.

¹¹ Der Staatsratsvorsitzende Ulbricht hielt sich vom 24. Februar bis 2. März 1965 in der VAR auf. Zum protokollarischen Ablauf des Besuchs vgl. Dok. 104.

Der Herr *Bundesminister* teilte die Ansichten des Botschafters über die Gefahren, die sich aus einem Abbruch der Beziehungen durch die Bundesrepublik ergäben. Andererseits wolle aber niemand in eine Lage geraten, in welcher bei dem erklärten Stopp unserer Wirtschaftshilfe¹² Nasser von sich aus die Beziehungen abbrechen könnte, wenngleich er nicht glaube, daß dies sehr wahrscheinlich sei.

Der *Botschafter* führte aus, das State Department glaube nicht, daß Nasser von sich aus die Beziehungen abbrechen werde. In diesem Zusammenhang sei es interessant gewesen, daß Nasser während Ulbrichts Aufenthalt in Kairo erneut und mit Nachdruck von seinen Differenzen mit dem Kommunismus gesprochen habe.¹³ Nach amerikanischer Auffassung bestehe bei der VAR eine eingeborene Abneigung gegen den Kommunismus. Deshalb befürchte man, daß bei einem Bruch der Beziehungen zwischen Bonn und Kairo, von welcher Seite er auch immer erfolge, einer starken Expansion der Kommunisten im gesamten Mittelmeerbereich die Tür geöffnet werde. Damit wäre der Damm gegen den Kommunismus irreparabel durchbrochen. Andere arabische Länder würden dem Beispiel Nassers folgen, wodurch auch eine Anerkennung der DDR erleichtert würde. Das State Department betrachte diese Folgen als sehr ernst.

Der Herr *Minister* sagte, er folge dem Botschafter in der Einschätzung dieser Lage. Andererseits müsse er aber mit Nachdruck darauf hinweisen, daß die Hauptschwierigkeit, abgesehen von der VAR, in der Beziehung zu Israel liege und daß deshalb diese Beziehung zu Israel in einer Weise bereinigt werden müsse, die nicht umgekehrt wegen der arabisch-israelischen Schwierigkeiten zu einem Bruch führe. Deshalb würde man es begrüßen, wenn man mit Hilfe der Vereinigten Staaten zu einer Lösung des Israelproblems gelangen könnte, da sich sonst Gefahren ergäben. Von arabischer Seite sei gesagt worden, wenn die Waffenlieferungen fortgesetzt oder durch Geld abgelöst würden und auch die Wirtschaftshilfe für Israel¹⁴ weitergehe, würde man die Beziehungen abbrechen.¹⁵ Dieser Lage sehe man sich nun gegenüber, und deshalb sei gerade dies der Punkt, wo man der Unterstützung durch die westlichen Freunde bedürfe. In Kairo könnten die Amerikaner nicht viel helfen, wohl aber müßten sie in Tel Aviv helfen. Der Herr Minister führte weiter aus, daß er die Drohung im Falle einer finanziellen Ablösung oder einer Fortsetzung der Wirtschaftshilfe nicht so ernst nehme.

Der *Botschafter* fragte, ob nach Auffassung des Herrn Ministers die Drohung auch für den Fall gelte, daß die noch ausstehenden Lieferungen abgewickelt würden, selbst wenn keine neuen Abmachungen getroffen würden.

Der Herr *Minister* bejahte diese Frage.

Der *Botschafter* sagte sodann, wenn man mit den Israelis zunächst weiter verhandle, brauchten die Beziehungen Bonn-Kairo doch nicht abgebrochen zu werden.

¹² Zur Entscheidung der Bundesregierung vom 15. Februar 1965, die Wirtschaftshilfe an die VAR einzustellen, vgl. Dok. 81, Anm. 16.

¹³ Zur Haltung des ägyptischen Präsidenten zur Deutschland-Frage vgl. auch Dok. 104, Anm. 5.

¹⁴ Zur Wirtschaftshilfe an Israel vgl. Dok. 103.

¹⁵ Zum Beschuß vom 22. Februar 1965 vgl. Dok. 90, Anm. 18.

Der Herr *Minister* erwiderte hierauf, hierum gehe es nicht. Es stelle sich aber die Frage, welche Situation sich zwischen der Bundesrepublik und Kairo ergeben werde, wenn eine zufriedenstellende Lösung mit Tel Aviv nicht gefunden werden könne. Daran müsse man von vornherein denken. Deshalb müsse er erneut die Bedeutung einer Bereinigung des Verhältnisses mit Tel Aviv unterstreichen. Er wolle nicht auf die Vorgesichte der Panzerlieferungen eingehen, doch sei nun die Situation eingetreten, die er dem Botschafter vorausgesagt habe.¹⁶ Nachdem man nun in diese Schwierigkeiten geraten sei, die schon schlimm genug seien, sähen die Amerikaner keine Möglichkeit, den Deutschen dabei zu helfen, in Israel aus dieser Situation herauszukommen. Die Gefahren, die sich aus einem Bruch mit Kairo und anderen arabischen Ländern ergäben, schätze man genauso ein wie die Vereinigten Staaten, doch sei ein großes Stück, ja der entscheidende Teil dieser Schwierigkeiten auf die deutsch-israelischen Waffenbeziehungen zurückzuführen, weshalb sie auf diese oder jene Weise liquidiert werden müßten.

Der *Botschafter* wiederholte, daß die Verhandlungen mit Israel fortgesetzt werden könnten, ohne daß dadurch die VAR zu einem Abbruch der Beziehungen gezwungen würde.

Antwort des Herrn *Ministers*: dies brauchte natürlich nicht der Fall zu sein, doch wolle er nur die mögliche Entwicklung erwähnen, daß in einem späteren Zeitpunkt wegen Israel ein Bruch der Beziehungen eintreten könnte. Vielleicht sei es gerade diese Möglichkeit, die der eine oder andere schon im Kopf habe.

Der *Botschafter* fragte noch einmal, ob den Israelis nicht gesagt worden sei, daß die Lieferungen eingestellt würden, wenn das Abkommen bekannt würde.

Wie der Herr *Minister* entgegnete, wisse er dies nicht, doch habe er sich darauf verlassen, daß die Amerikaner dies getan hätten, um so mehr, als sie die deutsche Seite in dieses sogenannte Geschäft hineingebracht haben. Er selbst habe mit keinem Israeli gesprochen.

Auf die Bemerkung des *Botschafters*, es habe aber jemand mit den Israelis gesprochen, bemerkte der Herr *Minister*, Herr Shinnar sei von Staatssekretär Carstens und dann vom Bundeskanzler empfangen worden.¹⁷ Er wisse nicht, ob dabei über diese Frage gesprochen worden sei, doch nehme er dies an.

Der *Botschafter* sprach sodann über die jüngste Entwicklung in Tansania. Nyerere habe erklärt, wenn er keine Militärhilfe bekomme, wolle er überhaupt keine Hilfe.¹⁸

Der Herr *Minister* sagte, man werde den deutschen Botschafter¹⁹ zu Gesprächen nach Bonn rufen. Das Kabinett habe vorgehabt, nicht nur die militärische, sondern auch die wirtschaftliche Hilfe einzustellen, wobei hinsichtlich

¹⁶ Vgl dazu Dok. 89.

¹⁷ Vgl. Dok. 65 und Dok. 70.

¹⁸ Zur Reaktion des tansanischen Präsidenten auf die Einstellung der Ausrüstungshilfe vgl. Dok. 98, Anm. 13.

¹⁹ Herbert Schroeder.

letzterer noch keine endgültige Entscheidung getroffen worden sei.²⁰ Offen sei nur die Frage einiger Projekte im Rahmen der technischen Hilfe. Nyereres Äußerung entspreche somit etwa den Entscheidungen, die man hier zu treffen beabsichtige. Ob er es wirklich so gemeint habe oder nicht, sei dahingestellt, vielleicht habe er nur das Gesicht wahren wollen.

Auf die Frage des *Botschafters*, ob Nyerere die Weiterführung gewisser Projekte im Rahmen der technischen Hilfe gestatten werde²¹, bemerkte der Herr *Minister*, man sei deutscherseits nicht daran interessiert, mit Ausnahme eines Slums Clearance Project, das man aus humanitären Gründen gern weiterführen möchte.²² In den anderen Fällen liege das Interesse mehr auf der anderen Seite.

Der *Botschafter* sagte, es sei schwierig, in dieser Situation der Bundesregierung zu raten. Der amerikanische Botschafter in Tansania, Leonhart, sei vor kurzem in Bonn gewesen und habe mit verschiedenen deutschen Stellen gesprochen. Er persönlich würde es sehr bedauern, wenn die zwischen der Bundesrepublik und Tansania bestehenden Beziehungen geschwächt würden. Nach seiner Auffassung habe Deutschland in jenem Lande eine größere Rolle zu spielen als irgendein anderer Staat, was einmal auf historische Gründe²³, zum anderen darauf zurückzuführen sei, daß die dortige Bevölkerung großes Vertrauen zu den Deutschen habe. Die eigenen amerikanischen Leistungen in Tansania seien, verglichen mit den deutschen, nur subsidiär. Er hoffe, es werde möglich sein, die Verbindungen in vollem Umfang wiederherzustellen und die Beziehungen zwischen Tansania und der SBZ zu korrigieren. Nach einem Abbau oder gar Abbruch der Beziehungen sei es immer schwieriger, einen neuen Anfang zu machen. Das gelte auch für die VAR. In beiden Ländern gehe es darum, eine gemeinsame Linie zu halten. In Tansania befänden sich 160 chinesische Vertreter, die nicht nur Kontakte mit der Regierung, sondern unmittelbar mit der Bevölkerung hätten. Tansania sei in Ostafrika ein Schlüsselland.

Der Herr *Minister* wies darauf hin, daß die Situation sehr schwierig sei. Die eine Schwierigkeit ergebe sich aus der militärischen Ausrüstungshilfe, die als solche ein Problem sei, und man müsse erneut prüfen, ob die bisherigen Grundsätze gut und richtig gewesen seien. Viel schwieriger noch sei aber die Frage, was zu tun sei, wenn zu Pankow Beziehungen hergestellt würden, die nach deutscher Auffassung zu weit gingen. Dann sehe man sich einer Situation gegenüber, wo man unter Umständen Opfer zu bringen habe, um den Alleinvertretungsanspruch mit dem nötigen Nachdruck aufrechtzuerhalten. Um dies zu können, bedürfe man der Unterstützung der westlichen Freunde, insbesondere der Vereinigten Staaten. Welche Grenze der Beziehungen gerade

²⁰ Vgl. dazu Dok. 98, Anm. 11 und 12.

²¹ Die Wörter „gestatten werde“ wurden von Bundesminister Schröder hervorgehoben. Dazu Ausrufezeichen.

²² Bei den Projekten zur Sanierung von Elendsvierteln handelte es sich um eine Zusage von Kapitalhilfe in Höhe von 10 Mio. DM durch die Bundesregierung, mit der 10 Siedlungsprojekten in Daressalam finanziert werden sollten. Vgl. Referat I B 3, Bd. 608.

²³ Tansania war seit 1890 als „Schutzgebiet Deutsch-Ostafrika“ Kolonie des Deutschen Reiches. 1920 kam es unter britische Verwaltung.

noch hingenommen werden könne, müsse immer wieder von neuem geprüft werden.²⁴ Im Falle Colombos habe man sich entschlossen, daß es nicht ohne Folgen bleiben könne, wenn ein Generalkonsulat der SBZ eröffnet werde.²⁵ So sei es auch in Tansania gewesen. Dies bringe ihn auf seine eingangs gemachte Äußerung zurück. Weil es im gemeinsamen Interesse so wichtig sei, keine Position aufzugeben, müßten gewisse Vorbedingungen erfüllt werden, die Schwierigkeiten vermieden, wie sie jetzt im Nahen Osten aufgetreten seien.

Der *Botschafter* sagte, auch er bedaure, daß die Bemühungen Harrimans einen so mageren Erfolg erbracht hätten, doch seien die Israelis, wenn sich erst einmal die Gefühle etwas beruhigt hätten, sicher wieder zugänglicher.

Was die amerikanischen Beziehungen mit Tansania angehe, so seien sie schlecht. Die Regierung habe ihren Botschafter aus Amerika abberufen²⁶, und die amerikanische Hilfe sei nicht so groß, daß sie einen guten Ansatzpunkt abgeben würde. Der Herr Minister wisse, daß zwei Angehörige der amerikanischen Botschaft zum Verlassen des Landes aufgefordert worden seien. Man habe ihre Telefongespräche abgehört und sie so interpretiert, als hätten die beiden Amerikaner Vorbereitungen zu einem Umsturz getroffen.²⁷

Die amerikanischen Möglichkeiten, der Bundesrepublik in Tansania zu helfen, seien begrenzt. Man habe es bisher dankbar begrüßt, daß die Bundesregierung in Gebieten tätig geworden sei, in denen den Amerikanern die Hände etwas gebunden gewesen seien. Deswegen sei es jetzt auch schwierig, Rat zu erteilen.

Wie der Herr *Minister* abschließend bemerkte, stehe man vor der Frage, ob die sogenannte Hallstein-Doktrin jetzt noch einmal schärfer angewendet werden sollte, um die eigene Position in aller Ernsthaftigkeit klar zu machen, doch sehe man sich dabei einmal der Frage gegenüber, wie stark die Wirkung wäre, und zum anderen, auf welche Hilfe man dabei seitens der westlichen Freunde und insbesondere der Vereinigten Staaten rechnen könnte.

Der *Botschafter* sagte, sowohl in Tansania und der VAR wie auch in Israel habe man verhältnismäßig wenig Ansatzpunkte.

Die Unterredung endete gegen 11 Uhr.

VS-Bd. 8513 (Ministerbüro)

²⁴ Zu Tansania vgl. weiter Dok. 101, Anm. 20.

²⁵ Zur Einstellung der Wirtschaftshilfe aus der Bundesrepublik, die am 19. Januar 1964 als Reaktion auf die Zulassung eines Generalkonsulats der DDR in Colombo erfolgte, vgl. Dok. 16, Anm. 10.

Zu Ceylon vgl. zuletzt Dok. 72.

²⁶ Scheich Othman Sharif.

²⁷ Vgl. dazu Dok. 98, Anm. 6.

101

Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens

St.S. 583/65 geheim

2. März 1965

Betr.: Nahost-Krise, Israel, Tansania;
 hier: Besprechung bei dem Herrn Bundeskanzler am 2. März 1965
 vormittags

Teilnehmer: Bundeskanzler;
 Bundesminister Schröder, von Hassel, Schmücker, Scheel, Dahlgrün,
 Krone;
 Staatssekretäre Carstens, von Hase, Gumbel;
 Ministerialdirektoren Hohmann, Knieper, Praß;
 Ministerialdirigent Osterheld;
 Oberregierungsrat Neusel.

Aus dem Besprechungsverlauf halte ich folgende Ausführungen fest:

Nahost-Krise

Der Herr Bundeskanzler stellt die Frage, ob man nicht auf den Ulbricht-Besuch¹ mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zur VAR antworten müsse, weist aber zugleich darauf hin, daß, wenn wir dies tun, bevor wir in der Frage der Lieferung von Waffen an Israel eine Lösung gefunden haben, die Gefahr einer Kettenreaktion in den anderen arabischen Staaten besteht.

Der Herr Minister berichtet über sein soeben geführtes Gespräch mit dem amerikanischen Botschafter.² Danach habe Harriman in Tel Aviv in unserem Sinne wenig ausgerichtet. Die Israelis wollten auf den Gedanken der „Umschuldung“ nicht eingehen. Washington lege größten Wert darauf, daß wir unsere diplomatischen Beziehungen zu Kairo aufrechterhalten. Ein Abbruch würde irreparablen Schaden verursachen. Zugleich bate die amerikanische Regierung darum, daß wir an unseren Positionen in Tansania so stark wie möglich festhalten möchten.

Abschließend empfiehlt der Herr Minister, Gegenmaßnahmen gegen die VAR im wirtschaftlichen Bereich zu treffen³, aber die diplomatischen Beziehungen nicht abzubrechen.⁴

Bundesminister Scheel äußert sich im gleichen Sinne. Wir sollten keine neue Wirtschaftshilfe ins Auge fassen und die laufende Kapital- und Technische

¹ Zum Besuch des Staatsratsvorsitzenden Ulbricht vom 24. Februar bis 2. März 1965 in der VAR vgl. Dok. 104.

² Vgl. Dok. 100.

³ Zur Wirtschaftshilfe an die VAR vgl. Dok. 9, Anm. 10.

Zur Entscheidung der Bundesregierung vom 15. Februar 1965, die Wirtschaftshilfe an die VAR einzustellen, vgl. Dok. 81, Anm. 16.

⁴ Zur Frage eines Abbruchs diplomatischer Beziehungen zur VAR vgl. weiter Dok. 111.

Hilfe einschränken⁵, soweit dies nach Maßgabe der geschlossenen Verträge möglich sei.

Der Herr Bundeskanzler weist auf die Gefahr hin, daß die These von unserem Alleinvertretungsrecht entschwinde.

Bundesminister Schmücker warnt davor, Ägypten zu unterschätzen. Es sei falsch, mit fliegenden Fahnen unterzugehen.

Staatssekretär Carstens trägt vor, daß unser Alleinvertretungsanspruch und unsere Isolierungspolitik gegenüber der SBZ drei Schwächen aufzeige:

- a) unsere eigenen Kontakte mit der Zone (Passierscheinabkommen⁶), die wir für notwendig gehalten hätten, um die Kontakte zwischen beiden getrennten Teilen des deutschen Volkes zu verstärken;
- b) die allgemeine Entspannungspolitik, die alle Gebiete der Welt einzubeziehen suche;
- c) die Tatsache, daß wir nicht bereit seien, größere Opfer für unsere Deutschland-Politik zu bringen. Unsere Haushaltsansätze für Entwicklungshilfe seien rückläufig.⁷

Dementsprechend hätten wir eine Reihe von Rückschlägen hinnehmen müssen, so in Ceylon⁸, so in Tansania.⁹ In Djakarta sei die Lage sehr prekär.¹⁰ In der WHO drohe ein Einbruch der SBZ.¹¹ Wenn er die Überzeugung hätte, durch den Abbruch der diplomatischen Beziehungen diesen für uns ungünstigen Trend zum Stillstand zu bringen, würde er den Abbruch empfehlen. Diese

⁵ Am 17. Februar 1965 führte Ministerialdirektor Sachs dazu aus, daß die noch nicht ausgezahlte Kapitalhilfe an die VAR in Höhe von 90 Mio. DM einbehalten und keine weitere Kapitalhilfe gewährt werden solle. Ebenso sollten keine weiteren Bundesbürgschaften gewährt werden. Darüber hinaus empfahl Sachs jedoch, einzelne Projekte der technischen Hilfe – so etwa die Ausbildung ägyptischer Praktikanten in der Bundesrepublik – fortzuführen. Vgl. VS-Bd. 8420 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1965.

⁶ Zur Passierschein-Vereinbarung vom 24. September 1964 vgl. AAPD 1964, II, Dok. 258.

⁷ Für den Haushalt des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit für die Rechnungsjahre 1964 und 1965 vgl. BUNDESHAUSHALTSPLAN 1964 und 1965.

⁸ Zur Einstellung der Wirtschaftshilfe aus der Bundesrepublik, die am 19. Januar 1964 als Reaktion auf die Zulassung eines Generalkonsulats der DDR in Colombo erfolgte, vgl. Dok. 16, Anm. 10.

Zu Ceylon vgl. zuletzt Dok. 72.

⁹ Zu Tansania vgl. zuletzt Dok. 98.

¹⁰ Zu Indonesien vgl. Dok. 84.

¹¹ Die DDR hatte zur 35. Tagung des Verwaltungsrates der WHO im Januar 1965 erstmals eine Beobachterdelegation entsandt. Diese unterrichtete einzelne Mitglieder des Verwaltungsrats „von dem in Aussicht genommenen Antrag auf Mitgliedschaft der SBZ“ und händigte Memoranden aus. Vgl. den Drahtbericht Nr. 56 des Botschafters von Keller, Genf (Internationale Organisationen), vom 17. Februar 1965; VS-Bd. 2597 (I B 1); B 150, Aktenkopien 1965.

Keller berichtete am 22. Februar 1965, der Generaldirektor der WHO, Candau, wolle im Falle, daß ein Aufnahmeantrag der DDR fristgerecht eingehen sollte, ihn „in Anwendung des Artikels 113 der Geschäftsordnung“ den Mitgliedern der WHO zuleiten, „obwohl Artikel 113 nur von ‚Staaten‘ spricht“. Am 21. April 1965 konnte er jedoch melden, daß die DDR auf Veranlassung der sowjetischen Regierung „von einem Antrag auf Zulassung als Mitglied der WHO Abstand genommen“ habe, da im Falle einer Abstimmung eine „sichere Mehrheit zur Zeit nicht gewährleistet sei“. Vgl. die Drahtberichte Nr. 64 und Nr. 154; VS-Bd. 2597 (I B 1); B 150, Aktenkopien 1965.

Vgl. dazu weiter Dok. 151, Anm. 3.

Überzeugung habe er jedoch nicht; es sei denn, wir änderten die genannten Faktoren, die zu einer Schwächung unserer Politik geführt hätten. Ob wir das könnten, sei zweifelhaft.

Wenn wir aber durch einen Abbruch der Beziehungen den allgemeinen Trend doch nicht aufhalten könnten, dann seien die mit einem Abbruch verbundenen Nachteile nicht zu rechtfertigen. Der Abbruch der Beziehungen mit Ägypten würde den Abbruch mit mehreren, wenn auch nicht allen arabischen Staaten zur Folge haben.

Bundesminister Krone spricht sich gegen den Abbruch der Beziehungen aus, warnt aber davor, in der Frage des Alleinvertretungsanspruchs nachzulassen.

Bundesminister Scheel trägt ein ihm auf besonderem Wege übermitteltes ägyptisches Angebot vor. Danach wolle die ägyptische Regierung die SBZ nicht anerkennen. Nasser möchte nach Bonn kommen. Wir sollten der VAR in Höhe der an Israel gewährten Waffenhilfe¹² einen finanziellen Ausgleich gewähren.

Der Herr Bundeskanzler erklärt, er könne diesem Vorschlag nicht näher treten.

Staatssekretär von Hase plädiert für eine klare Erklärung gegenüber der Öffentlichkeit.

Israel-Komplex

Der Herr Minister schlägt vor, die Waffenlieferungen einzustellen, die Aktion „Geschäftsfreund“¹³ durchzuführen und den Israelis den Austausch von Generalkonsulaten oder Handelsmissionen anzubieten.¹⁴

Es entspinnt sich eine längere Diskussion über den Stand unserer Lieferungen an Israel.¹⁵

Der Herr Bundeskanzler erklärt, daß bis auf weiteres keine Panzer geliefert werden sollen. Er macht den Vorschlag, daß wir mit Israel schnell zu einem Arrangement kommen sollten und alsdann mit den arabischen Staaten Fühlung nehmen sollten.

Es wird die Frage erörtert, wer mit den Israelis sprechen soll. In diesem Zusammenhang werden die Namen Lahr, van Scherpenberg, Krekeler, Birrenbach¹⁶ genannt.

Auf eine Frage, wer deutscherseits die Gespräche mit den Israelis über die Panzerlieferungen¹⁷ geführt habe, antwortet Herr von Hassel, dies seien die Herren Knieper und Bode gewesen.

¹² Zu den Vereinbarungen mit Israel über Waffenlieferungen vgl. Dok. 2.

¹³ Zur Entstehung der Aktion „Geschäftsfreund“ vgl. Dok. 2, besonders Anm. 7.

¹⁴ Zu den Beziehungen zu Israel vgl. weiter Dok. 103.

¹⁵ Zum Stand der Panzerlieferung an Israel vgl. Dok. 88.

¹⁶ Zur Entsendung des CDU-Abgeordneten Birrenbach nach Israel vgl. Dok. 120.

¹⁷ Zur Absprache über die Lieferungen amerikanischer Panzer durch die Bundesrepublik und zu den vereinbarten Modalitäten vgl. Dok. 39, Anm. 6.

Tansania

Der Herr Minister teilt mit, daß Botschafter Schroeder zur Berichterstattung nach Bonn gebeten sei. Er empfiehlt, die Wirtschaftshilfe auslaufen zu lassen, mit Ausnahme vielleicht des Slum-Clearing-Projektes¹⁸ und der kirchlichen Projekte.

Der Herr Bundeskanzler spricht sich in gleichem Sinne aus.

Bundesminister von Hassel und Bundesminister Scheel empfehlen, die Entwicklungshilfe nicht einzustellen.¹⁹ Herr von Hassel schlägt außerdem vor, die tansanischen Soldaten, die zurzeit in Deutschland ausgebildet werden, nicht zurückzuschicken, sondern die Ausbildung, wie geplant, durchzuführen²⁰.

Hiermit dem Herrn Minister²¹ vorgelegt.

Carstens

VS-Bd. 8448 (Ministerbüro)

¹⁸ Vgl. dazu Dok. 100, Anm. 22.

¹⁹ Am 4. März 1965 wies Staatssekretär Carstens Botschafter Schroeder, z. Z. Bonn, an, nach Tansania zurückzukehren und Präsident Nyerere über die Bereitschaft der Bundesregierung zu informieren, „die Entwicklungshilfe für Tansania im wirtschaftlichen Bereich fortzusetzen, wenn das Generalkonsulat der Zone, dessen Zulassung in dem Staatsanzeiger vom 19. Februar 1965 bekanntgegeben worden sei, mit Sitz und Amtsbezirk auf Sansibar beschränkt werde“. Ferner sollte die Zahl der Bediensteten des Generalkonsulats auf „höchstens zehn bis zwölf“ begrenzt werden. „Der Vollständigkeit halber“ fügte Carstens hinzu, daß sich die Bundesregierung mit einer Vertretung der DDR in Daressalam unter der Voraussetzung abfinden würde, daß es sich dabei um eine „Handelsvertretung“ handeln würde. Die Aussicht auf eine solche Lösung erscheine jedoch gering, nachdem bereits eine grundsätzliche Entscheidung über die Zulassung eines Generalkonsulats getroffen worden sei. Vgl. VS-Bd. 421 (Büro Staatssekretär); B 150, Aktenkopien 1965. Zu Tansania vgl. weiter Dok. 195.

²⁰ Mit Schreiben vom 15. März 1965 teilte die Botschaft der Vereinigten Republik von Tansania mit, daß sie alle Staatsangehörigen, die in der Bundesrepublik eine militärische Ausbildung erhielten, zurückrufen werde. Vgl. dazu Referat I B 3, Bd. 609.

²¹ Hat Bundesminister Schröder am 3. März 1965 vorgelegen.

102

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Krapf

II 7-81.08-5-233¹/65 geheim2. März 1965¹

Betr.: Besuch des britischen Premierministers²;
hier: Atlantische Nuklear-Streitmacht³

I. In der Aufzeichnung vom 18. Januar d.J. (II 7-81.08-5/233/65 geheim)⁴, die dem Herrn Bundeskanzler vorgelegt wurde, sind folgende Probleme behandelt:

- unsere Motive für die Mitarbeit an dem Plan einer multilateralen NATO-Atomstreitmacht (MLF);
- der britische Plan der „Atlantic Nuclear Force“ (ANF) und seine Motivation;
- die Möglichkeiten einer Kompromißlösung, welche die wesentlichen Elemente des ursprünglichen MLF-Plans bewahrt.

Der Aufzeichnung beigefügt war die am 18. Januar d.J. den Briten als „Arbeitspapier“ übergebene deutsche Stellungnahme zum ANF-Vorschlag.⁵

II. In der Annahme, daß Premierminister Wilson zunächst die Grundgedanken des britischen ANF-Vorschlags erläutert und dabei das Problem der non-proliferation in den Vordergrund stellt, wird vorgeschlagen, daß der Herr Bundeskanzler folgendes ausführt:

1) Die Bundesregierung teilt die Auffassung der britischen Regierung, daß eine Weiterverbreitung von Kernwaffen in nationale Verfügungsgewalt dritter Mächte geeignet ist, die Sicherheitslage in der Welt zu beeinträchtigen. Sie verweist auf die erhebliche Vorleistung, die sie auf diesem Gebiet erbracht hat, als sie im Jahre 1954 ihren Verbündeten gegenüber auf die Herstellung von atomaren, biologischen und chemischen Waffen verzichtete und sich einer internationalen Kontrolle hinsichtlich der Einhaltung dieser Verpflichtung unterwarf.⁶

2) Es bleiben aber folgende Probleme zu lösen:

a) Es besteht zur Zeit eine Lücke in der westlichen Abschreckung. Sie ist dadurch zu erklären, daß die Sowjets es für zweifelhaft halten könnten, ob nationale Kernwaffen gegen örtlich begrenzte Angriffe in verbündeten Ländern mit dem Risiko der Zerstörung des eigenen Landes eingesetzt werden. Das Verhalten einer multilateralen Atomstreitmacht wäre für die Sowjets trotz

¹ Vervielfältigtes Exemplar.

Die Aufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Scheske konzipiert.

² Zum Besuch des Premierministers Wilson am 8./9. März 1965 in Bonn vgl. Dok. 122.

³ Zum britischen Vorschlag einer ANF vgl. Dok. 20, besonders Anm. 9-12.

⁴ Vgl. Dok. 20.

⁵ Vgl. Dok. 21.

⁶ Zum Verzicht der Bundesrepublik auf die Herstellung von atomaren, biologischen und chemischen Waffen vgl. Dok. 11, Anm. 4.

des Vetos der amerikanischen Regierung und eventuell anderer Regierungen⁷ wesentlich schwerer zu kalkulieren. Dieser zusätzliche Unsicherheitsfaktor würde nach unserer Ansicht zur Schließung der bestehenden Abschreckungslücke beitragen.

b) Eine bedeutende sowjetische Mittelstreckenraketen-Streitmacht bedroht Westeuropa und besonders Deutschland. Dieser existenten Bedrohung hat die Allianz nichts Vergleichbares entgegenzusetzen. Die Sowjets haben in der Vergangenheit wiederholt dieses Potential genutzt, um politischen Druck auszuüben („Raketen-Diplomatie“).

Die Allianz sollte auch im Bereich dieser Waffen ihre Verteidigung stärken und ein besser ausgewogenes Kräfteverhältnis in Europa erzielen, das der Erhaltung des Friedens dient.

c) Die Einheit der Allianz würde erheblich gefestigt, wenn es gelänge, die nicht-nuklearen Mitglieder an der Verantwortung für Kernwaffen des Bündnisses und an der Ausarbeitung der Nuklear-Strategie zu beteiligen. Für ein Land in der zentralen Lage Deutschlands wird dies auf die Dauer unerlässlich sein.

3) Die Bundesregierung hat deshalb den seinerzeit von der Regierung der Vereinigten Staaten vorgelegten Plan begrüßt, im Rahmen der Allianz eine multilaterale Atomstreitmacht im gemeinsamen Besitz und unter gemeinsamer Kontrolle zu schaffen.

Sie ist weiterhin bereit, an Vereinbarungen mitzuarbeiten, welche strategische Waffen in ein System gemeinsamer Verantwortung und unter gemeinsamen Befehl zusammenfassen.

4) Mit großem Interesse hat die Bundesregierung von den Vorschlägen der britischen Regierung zur Bildung einer „Atlantic Nuclear Force“ (ANF) Kenntnis genommen. In einem „Arbeitspapier“ sind die ersten deutschen Überlegungen hierzu der britischen Regierung mitgeteilt worden. Die Bundesregierung hofft, daß es möglich sein wird, auf der Grundlage der Ergebnisse der MLF-Arbeitsgruppe⁸, die den amerikanischen Plan beriet, der britischen Vorschläge und der Stellungnahmen der übrigen interessierten Regierungen zu einer tragfähigen Lösung zu kommen.

5) In unserem „Arbeitspapier“ sind bereits unsere Bedenken gegen eine mit der Charta der multilateralen Streitmacht zu verbindende Verpflichtung der nicht-nuklearen Mitglieder, für alle Zeiten auf den Erwerb von Kernwaffen zu verzichten, dargelegt worden. Einer solchen Selbst-Bindung unter den Partnern stünde kein Äquivalent auf östlicher Seite gegenüber. Ein politischer Fortschritt und eine wahre Entspannung könnten wohl nur erzielt werden, wenn das Problem der Nichtverbreitung von Kernwaffen in allen seinen Aspekten und in weltweitem Rahmen gelöst wird.

Im übrigen ist die Bundesregierung weiterhin der Ansicht, daß eine multilaterale Atomstreitmacht der Allianz im Einklang mit der Resolution der UN-

⁷ Zur Frage der Freigabe eines Einsatzes der geplanten MLF/ANF vgl. Dok. 116.

⁸ Zum deutsch-amerikanischen Entwurf einer MLF-Charta vom 1. September 1964 vgl. VS-Bd. 1353 (II A 7).

Vollversammlung vom 4. Dezember 1961 über die Nichtverbreitung von Kernwaffen⁹ steht.

6) Die Bundesregierung würde es begrüßen, das Gespräch über diesen Themenkreis auf der Basis aller vorliegenden Vorschläge bald mit den interessierten Regierungen fortsetzen zu können. Die Mitwirkung der Regierung der Vereinigten Staaten ist hierbei von überragender Bedeutung.¹⁰

Die französische Regierung sollte über den Fortgang der Arbeiten laufend unterrichtet werden.

7) Für den Fall, daß Premierminister Wilson Einzelthemen (Größe und Zusammensetzung der Streitmacht, Kommandoregelung, Freigabe der Waffen) anschneiden sollte, wird angeregt, die eigene Stellungnahme anhand des „Arbeitspapiers“ vom 18. Januar abzugeben.¹¹

Hiermit über den Herrn Staatssekretär dem Herrn Minister vorgelegt mit dem Vorschlag der Weiterleitung an den Herrn Bundeskanzler.

gez. Krapf

VS-Bd. 8446 (Ministerbüro)

⁹ Für den Wortlaut der UNO-Resolution 1665, der „Irischen Resolution“, vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, I/8, S. 237 f., bzw. DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1961, S. 694.

¹⁰ Zur weiteren Erörterung des MLF/ANF-Projekts im Kreis der interessierten Staaten vgl. Dok. 116, Anm. 14.

¹¹ Auf die Bitte des Staatssekretärs Carstens vom 3. März 1965 um Stellungnahme dazu, warum in der Aufzeichnung die deutschlandpolitischen Aspekte einer Nichtverbreitungsregelung nicht berücksichtigt worden seien, führte Ministerialdirektor Krapf am 3. März 1965 aus: „Die Aufzeichnung vom 2.3. ist als Ergänzung zu der Aufzeichnung vom 18. Januar zu sehen, die dem Herrn Bundeskanzler bereits vorliegt. In dieser Aufzeichnung [...] sowie in unserer den Briten am 18.1. übergebenen vorläufigen Stellungnahme [...] ist auf den Zusammenhang zwischen der Übernahme neuer nuklearer Bindungen und der Deutschlandfrage ausdrücklich hingewiesen worden. Nach dem, was hier über die Beratungen auf der letzten Sitzung des Bundesverteidigungsrats zu diesem Thema zu erfahren war, besteht überhaupt eine Abneigung, im Zusammenhang mit der MLF/ANF-Charta eine weitere nukleare Bindung einzugehen. Deshalb wird in Ziffer 5 der Aufzeichnung vom 2.3. vorgeschlagen, das Problem der Nichtverbreitung von Kernwaffen in den weltweiten Rahmen zu stellen.“

Dazu vermerkte Carstens am 5. März 1965 handschriftlich für Krapf: „Aber die Verbindung mit der Deutschlandfrage ist der für uns wichtigste Aspekt. Das sollte II 7 beachten.“ Vgl. VS-Bd. 1371 (II A 7); B 150, Aktenkopien 1965.

**Aufzeichnung des
Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schirmer**

St.S. 4399/65 geheim

3. März 1965¹

Betr.: Leistungen für Israel

Bezug: Schnellbrief des Chefs des Bundeskanzleramtes vom 26.2.1965²

Da zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Staat Israel keine diplomatischen Beziehungen bestehen, hat sich der Kontakt des Auswärtigen Amtes mit der Israel-Mission auf sporadische grundsätzliche Gespräche beschränkt, die in der Hauptsache darauf gerichtet waren, die Möglichkeiten einer Normalisierung der beiderseitigen Beziehungen zu prüfen.³ Das Auswärtige Amt hat des weiteren auf Wunsch des Bundesinnenministeriums die Israel-Mission auf die unerwünschte Tätigkeit des israelischen Nachrichtendienstes in der Bundesrepublik Deutschland ansprechen müssen.⁴ Außerdem sind mit der Israel-Mission von Fall zu Fall Gespräche über Einzelfragen geführt worden. Diese betrafen u.a. die Tätigkeit deutscher Rüstungsexperten in der VAR⁵, Auslegung und Durchführung des Israel-Vertrages⁶ (finanzielles Gesamtvolumen bekanntlich 3450 Mio. DM, davon bestimmt für die Jewish Claims Conference 450 Mio. DM; bisher geleistet 3150 Mio. DM) sowie Verhandlungen über das Templer-Vermögen.⁷ Ferner besteht laufender Geschäftsverkehr mit der Israel-Mission wegen des Rechtshilfeverkehrs in individuellen Wiedergutmachungsfällen.⁸

¹ Durchdruck für das Ministerbüro.

Hat Bundesminister Schröder am 4. März 1965 vorgelegen.

² Mit dem Schreiben an Bundesminister Schröder forderte Bundesminister Westrick für Bundeskanzler Erhard „einen genauen Überblick über den Stand der Zusammenarbeit, insbesondere auf wirtschaftlichem, finanziellem, militärischem und wissenschaftlichem Gebiet, zwischen deutschen und israelischen Stellen sowie eine Darstellung der bereits erfolgten oder zugesagten Leistungen auf diesen Gebieten“. Vgl. VS-Bd. 2632 (I B 4); B 150, Aktenkopien 1965.

³ Vgl. AAPD 1963, I, Dok. 36; AAPD 1963, II, Dok. 205, Dok. 307 und Dok. 310.

⁴ Zwischen Juli 1962 und März 1963 wurden gegen in der VAR tätige deutsche Rüstungsexperten mehrere Anschläge verübt, bei denen der Verdacht einer Beteiligung des israelischen Geheimdienstes vorlag. Vgl. dazu AAPD 1963, I, Dok. 133.

Am 5. April 1963 führte Bundesminister Schröder mit dem Leiter der Israel-Mission, Shinnar, ein Gespräch über diese Frage. Vgl. AAPD 1963, I, Dok. 142.

⁵ Vgl. dazu AAPD 1963, I, Dok. 142, und AAPD 1964, II, Dok. 214 und Dok. 313.

⁶ Vgl. das Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit dem Vorsitzenden des Jüdischen Weltkongresses, Goldmann, am 8. Oktober 1964; AAPD 1964, II, Dok. 276.

⁷ Aufgrund eines Abkommens vom 10. September 1952 zwischen der Bundesregierung und der israelischen Regierung wurden Verhandlungen über die Entschädigung von in der Bundesrepublik und Australien lebenden Deutschen aus Palästina, in erster Linie Mitgliedern der Tempel-Gesellschaft, geführt. Im Regierungsabkommen vom 1. Juni 1962 erklärte sich die israelische Regierung zur Zahlung von 54 Mio. DM bereit. Zu den Verhandlungen vgl. Referat V 7, Bd. 586 und Bd. 587. Zum Abkommen vom 1. Juni 1962 vgl. BULLETIN 1962, S. 884.

⁸ Zu den Wiedergutmachungsleistungen an Einzelpersonen vgl. den Drahterlaß Nr. 69 des Ministerialdirektors Thierfelder vom 29. Januar 1965 an die Botschaft in Kairo; Referat V 2, Bd. 1094.

Es wird davon ausgegangen, daß die Schätzungen der gesamten Wiedergutmachungsleistungen an auf Grund der deutschen Gesetze Wiedergutmachungsberechtigte in Israel vom Bundesfinanzministerium zur Verfügung gestellt werden.

Auf Staatssekretärsebene sind ebenfalls Verhandlungen geführt worden, die mit der Durchführung der unter dem Decknamen „Geschäftsfreund“ laufenden Kreditverhandlungen⁹ zusammenhängen.

In eigener Zuständigkeit hat das Auswärtige Amt für Israel lediglich in den Jahren von 1960 bis 1963 aus dem Kulturhaushalt Leistungen für das Weizmann-Institut¹⁰ bzw. den Atomreaktor Rehovoth in folgender Höhe aufgebracht:

1960 für allgemeine Institutaufgaben: 3 Mio. DM;

1961/63 für ein Forschungsprogramm auf dem Gebiete der Molekularbiologie: 3 Mio. DM;

1962 und 1963 für einen 10 MEV Tandembeschleuniger für die kernphysikalische Abteilung des Instituts: 5,928 Mio. DM.¹¹

Das Auswärtige Amt hat aus dem Kulturfonds weiterhin Reisen deutscher Studiengruppen nach Israel sowie kleinere Bücher- und Zeitschriftenpenden finanziert. (1964: rund 35 000 DM)

Die bestehenden Abmachungen auf wirtschaftlichem, finanziellem, militärischem und wissenschaftlichem Gebiet mit Ausnahme der genannten Einzelleistungen fallen nicht in die Zuständigkeit des Auswärtigen Amtes.

Da die Israel-Mission bzw. einzelne israelische Ressorts jeweils gesondert und unabhängig voneinander mit den entsprechenden deutschen Bundesressorts geheim Verhandlungen geführt haben, war es dem Auswärtigen Amt in den vergangenen Jahren unmöglich, einen Überblick über die Gesamtheit der deutsch-israelischen Beziehungen zu gewinnen. Die mangelhafte Unterrichtung des Auswärtigen Amtes, vor allem über die Abmachungen auf militärischem Gebiet¹², haben eine sinnvolle Planung und Abstimmung unserer politischen Beziehungen zu den Ländern des Nahostraums verhindert. Das Auswärtige Amt regt daher an, im Zusammenhang mit der zur Zeit durchgeföhrten Untersuchung der deutschen Leistungen für Israel durch den Herrn Bundeskanzler grundsätzlich anzuordnen, daß das Auswärtige Amt bei allen Abmachungen mit dem Staat Israel oder privaten israelischen Stellen zu beteiligen ist.

In diesem Zusammenhang wird darauf hingewiesen, daß die Bundesregierung von arabischer Seite in den letzten Wochen in verschiedenen offiziellen und

⁹ Zur Aktion „Geschäftsfreund“ vgl. Dok. 2, Anm. 7, 8 und 10.

¹⁰ Das Weizmann-Institut, gegründet 1949 in Rehovoth, war ein wissenschaftliches Zentrum für Kernforschung.

¹¹ Der Chef des Presse- und Informationsamtes, von Hase, teilte am 16. Oktober 1964 mit, daß die Bundesrepublik das Institut mit bislang etwa 15,5 Mio. DM unterstützt habe. Vgl. dazu den Runderaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schirmer vom 28. Oktober 1964; Referat I B 4, Bd. 111.

¹² Vgl. dazu Dok. 92 und Dok. 100.

halboffiziellen Erklärungen und Pressemeldungen wegen folgender weiterer geheimer Abmachungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Israel angegriffen worden ist.¹³

- 1) Auf wirtschaftlichem Gebiet ein Hilfeabkommen über 2 Milliarden DM.
- 2) Auf militärischem Gebiet neben den bekannt gewordenen Waffenlieferungsverpflichtungen¹⁴ Abmachungen über eine gemeinsame deutsch-israelische Rüstungsproduktion, Rüstungs- und Munitionskäufe der Bundeswehr in Israel¹⁵, Unterhaltung einer Abnahmekommission in Israel, laufende Ausbildungshilfe an israelische Offiziere in der Bundeswehr (Panzerlehrgang inzwischen abgeschlossen, z. Z. Marineausbildung an Radar).¹⁶ Einleitende Verhandlungen über den Ankauf deutscher Leopard-Panzer.
- 3) Auf wissenschaftlichem Gebiet Abmachungen über Zusammenarbeit in der Atomwissenschaft¹⁷ und auf anderen, auch militärischen Zwecken nutzbaren Sektoren der biologischen und chemischen Forschung.

Die Bundesregierung muß damit rechnen, daß Präsident Nasser auch diese Bereiche unserer Zusammenarbeit mit Israel in Zukunft dazu benutzen wird, um unter den arabischen Staaten und seinen afro-asiatischen Freunden gegenzuarbeiten.

Auch aus diesem Grunde erscheint es notwendig, das Auswärtige Amt möglichst bald über die wahren Sachverhalte zu unterrichten.

gez. Schirmer

VS-Bd. 8420 (Ministerbüro)

¹³ Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Böker vom 1. März 1965; VS-Bd. 8448 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1965.

¹⁴ Zum Bekanntwerden der Waffenlieferungen an Israel vgl. Dok. 1, Anm. 3.

¹⁵ Die Bundesrepublik bezog Rüstungsmaterial – Mörser- und Nebelmunition sowie die Maschinenpistole Uzi – im Gesamtwert von 250 Mio. DM aus Israel. Vgl. dazu den Vermerk des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Middelmann vom 16. Juli 1965; VS-Bd. 5124 (III A 4); B 150, Aktenkopien 1965. Vgl. dazu auch Dok. 2.

¹⁶ In der Bundesrepublik wurden israelische Soldaten ausgebildet. Zum Bekanntwerden dieser Ausbildungshilfe vgl. AAPD 1963, II, Dok. 199 und Dok. 202.

¹⁷ Am israelischen Weizmann-Institut waren deutsche Kernphysiker tätig. Vgl. dazu den Artikel „Deutsche Kernphysiker in Israel“; FRANKFURTER RUNDSCHE, Nr. 249 vom 26. Oktober 1964, S. 1.

Botschaftsrat I. Klasse Müller, Kairo, an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 268

Cito

Aufgabe: 3. März 1965, 13.20 Uhr¹

Ankunft: 3. März 1965, 13.35 Uhr

Auch für Botschafter Federer²

I. Ulbricht hat gestern seinen einwöchigen VAR-Besuch³ beendet. In einer Schlußerklärung in Port Said unmittelbar vor Einschiffung auf der „Völkerfreundschaft“ richtete er schärfste Angriffe gegen die Bundesrepublik. Er begnügte sich dabei nicht damit, seine Zwei- bzw. Drei-Staaten-Theorie zu bekräftigen und die „sozialistische friedliebende DDR“ der „imperialistischen westdeutschen Republik“ gegenüberzustellen, sondern er verstieg sich dazu, das Alleinvertretungsrecht der Zone für das deutsche Volk in Anspruch⁴ zu nehmen:

„Wir allein sprechen im Namen des deutschen Volkes und seiner Regierung, wir sind der erste Friedensstaat auf deutschem Boden, wir sprechen im Namen des ersten deutschen Arbeiter- und Bauernstaats, der Deutschen Demokratischen Republik.“

In offensichtlicher Anspielung auf Nassers Bankettrede vom 24.2., in der der ägyptische Staatspräsident von dem „Unglück der deutschen Teilung und der künstlichen Demarkationslinie“ gesprochen hatte⁵, sagte Ulbricht, die durch

¹ Hat Bundesminister Schröder vorgelegen.

² Botschafter Federer hielt sich zur Berichterstattung in Bonn auf.

³ Der Staatsratsvorsitzende der DDR hielt sich vom 24. Februar bis 2. März 1965 in der VAR auf. Am 2. März 1965 stellte Botschaftsrat I. Klasse Müller, Kairo, fest, das Protokoll zeige „alle Kennzeichen eines Staatsbesuchs. Ulbricht ist mit allen äußeren Ehren, die einem Staatsoberhaupt gebühren, empfangen worden: a) Salut, b) Ehrenkompanie, Ehrenbegleitung, c) Flaggenschmuck, d) Nationalhymne, e) Empfang und Verabschiedung durch Staatspräsident auf dem Bahnhof, f) Gast des Staatspräsidenten in dessen offizieller Residenz, g) Gespräche auf der Ebene von Staatsoberhäuptern und deren Delegationen, h) Verleihung des höchsten Ordens der VAR, i) gemeinsames Abschlußkommuniqué.“ Bei diesem Kommuniqué sei positiv herauszustellen, daß es keine „de jure Anerkennung der SBZ oder eine Änderung des Status der hiesigen Vertretung“ beinhalte. Zudem werde nicht der Begriff „Staatsbesuch“, sondern nur „goodwill mission“ verwendet. Negativ müsse allerdings bewertet werden, daß das Kommuniqué keine ausdrückliche Unterstützung des Selbstbestimmungsrechts des deutschen Volkes enthalte und Nasser eine Gegeneinladung nach Ost-Berlin angenommen habe. Vgl. den Drahtbericht Nr. 264; Ministerbüro, Bd. 220.

⁴ Bereits am 25. Februar 1965 berichtete Botschaftsrat I. Klasse Müller, Kairo, der Staatsratsvorsitzende Ulbricht habe sich in einer Tischrede am Vortag bemüht, „als Sprecher des ganzen deutschen Volkes aufzutreten“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 225; Ministerbüro, Bd. 220.

⁵ Während des Banketts am 24. Februar 1965 zu Ehren des Staatsratsvorsitzenden Ulbricht verlieh Präsident Nasser neben seiner Bewunderung für die „große deutsche Nation“ auch seinem Mitgefühl für das „Unglück der Zerstörung der Einheit“ Ausdruck. Die ägyptische Politik wolle alles vermeiden, was zu einer „Vertiefung der deutschen Spaltung führen oder die Einheit der deutschen Nation erschweren“ könnte. Darüber hinaus bezeichnete er die „Zonengrenze als „Demarkationslinie“ und „künstliche imaginäre Trennungslinie“ und zeigte Verständnis für den Wunsch nach „Wiedervereinigung in Freiheit“. Botschaftsrat I. Klasse Müller, Kairo, zog daraus am 25. Februar 1965 den Schluß, daß Nasser bestrebt sei, „die Ehrung Ulbrichts als Staatsgast nicht

Deutschland laufende Trennungslinie sei die Grenze zwischen den beiden deutschen Staaten und darüber hinaus auch die Grenze zwischen zwei Weltsystemen, dem sozialistischen und dem imperialistischen. Die „westdeutsche imperialistische“ Regierung stütze sich seit zwanzig Jahren auf die Anwesenheit amerikanischer, britischer und französischer Truppen in Stärke von 400 000 Mann, die „imperialistischen Westmächte“ hätten den von ihnen und der Sowjetunion unterbreiteten Vorschlag auf Rückzug aller Truppen aus den beiden deutschen Staaten und Westberlin⁶ zurückgewiesen.⁷ Die Ägypter und Araber sollten nicht in den Fehler verfallen, die in Westdeutschland regierenden Imperialisten mit dem deutschen Volke gleichzusetzen. Die westdeutsche Regierung stehe auf Seiten der Imperialisten und Monopolkapitalisten und damit hinter den Kräften der Aggression und der Erpressung, die sich dem Freiheitskampf der Araber und der Völker Asiens und Afrikas entgegenstellen. Die „DDR“ hingegen stünde jetzt und auch für alle Zukunft unerschütterlich auf Seiten der VAR.

Mit Hinblick auf die morgige Entscheidung der Bundesregierung über den Gesamtkomplex Ulbricht-Besuch⁸ schlage ich vor, erst danach gegen die ungeheuerlichen Ausfälle Ulrichts auf ägyptischem Boden – unter besonderem Hinweis auf den Mißbrauch des Gastesrechts – zu protestieren. Dieser Protest könnte sowohl hier als auch gegenüber Botschafter Mansour⁹ ausgesprochen werden. Erbitte hierzu Weisung.¹⁰

Fortsetzung Fußnote von Seite 432

einer Anerkennung des Zonenregimes gleichzusetzen“; „nicht ein einziges Mal“ habe er in seiner Rede von „zwei deutschen Staaten“ gesprochen oder den Begriff „DDR“ verwendet. Vgl. den Drahtbericht Nr. 225; Ministerbüro, Bd. 220.

Vgl. dazu auch die Meldung „Nasser um Entspannung bemüht“ sowie den Artikel von Hans Ulrich Kempfki: „Nasser fragt: Was für ein Mann ist Ulbricht?“; SÜddeutsche Zeitung, Nr. 43 vom 19. Februar 1965, S. 2f.

⁶ Bereits auf der Berliner Außenministerkonferenz unterbreitete der sowjetische Außenminister Molotow am 4. und erneut am 10. Februar 1954 den Vorschlag, die Besatzungstruppen der Vier Mächte sollten – „mit Ausnahme von beschränkten Kontingenten für die Erfüllung der sich aus den Kontrollaufgaben der vier Mächte ergebenden Überwachungsfunktionen“ – innerhalb von sechs Monaten aus beiden Teilen Deutschlands abgezogen werden. Vgl. VIERERKONFERENZ, S. 132 und S. 188f.

Zum sowjetischen Vorschlag vom 27. November 1958, Berlin (West) in eine „entmilitarisierte Freie Stadt“ umzuwandeln, vgl. Dok. 7, Anm. 8.

Zur Unterstützung dieser Vorschläge durch die DDR vgl. die Stellungnahmen des Ministerrats der DDR vom 21. April 1955, des Ministerpräsidenten Grotewohl vom 7. Mai 1955 und des Ersten Sekretärs der SED, Ulbricht, vom 1./2. Juni 1955; AUSSENPOLITIK DER DDR II, S. 82f. und S. 92, sowie EUROPA-ARCHIV 1955, S. 7981.

⁷ Zur Ablehnung eines Truppenabzugs aus der Bundesrepublik bzw. Berlin (West) durch die drei Westmächte vgl. die Erklärungen der Außenminister Dulles, Eden und Bidault vom 5. bzw. 10. und 15. Februar 1954 sowie die Antwortnote der Drei Mächte vom 31. Dezember 1958 auf das sowjetische „Berlin-Ultimatum“ vom 27. November 1958; VIERERKONFERENZ, S. 146–157, und DzD IV/1, S. 422–443.

⁸ Zu den bisherigen Beratungen im Bundeskabinett über die Nahost-Krise vgl. Dok. 101.

Zur Kabinettsitzung am 4. März 1965 vgl. Dok. 105, besonders Anm. 10.

⁹ Vgl. dazu das Gespräch des Staatssekretärs Carstens mit dem ägyptischen Botschafter am 7. März 1965; Dok. 115.

¹⁰ Am 4. März 1965 teilte Ministerialdirigent Böker der Botschaft in Kairo mit, der vorgeschlagene Protest werde „nicht als zweckmäßig erachtet, da durch Beschränkung von Protest auf derartige Teilespekte des Besuchs der Eindruck erweckt werden könnte, als akzeptiere [die] Bundesregie-

II. Der protokollarische Ablauf von Ulbrichts Verabschiedung gestern morgen am Bahnhof Kairo vollzog sich in der gleichen Weise wie seine Ankunft: Nasser geleitete Ulbricht – beide im offenen Wagen stehend – vom Kubbeh-Palast zum Bahnhof, wo die Vizepräsidenten¹¹, Ministerpräsident Ali Sabri, das gesamte Kabinett sowie Teile des diplomatischen Korps versammelt waren. 21 Schuß Salut, Ehrenkompanie und Abspielen der beiden Nationalhymnen schlossen die Abschiedszeremonie ab. Vom diplomatischen Korps waren nach Feststellung eines Mittelsmannes der Botschaft neben den kommunistisch regierten Staaten Vertreter folgender Länder erschienen: Tunesien, Algerien, Kuwait, Jemen, Indonesien, Burma, Guinea, Mali und wahrscheinlich Tansania.

In seinen Abschiedsworten an Nasser versäumte es Ulbricht nicht, seine Freude über den bevorstehenden Gegenbesuch „in Berlin“¹² zum Ausdruck zu bringen.

Am Bahnhof Port Said wurde Ulbricht – wie bei seiner Ankunft am 24.2. in Alexandria – von Vizepräsident Hassan Ibrahim begrüßt sowie von dem Gouverneur von Port Said¹³, dem Leiter der Suezkanalbehörde Mahmoud Younes und einer Anzahl hoher Offiziere. Die Besichtigung von Port Said, und damit auch der Ägyptenbesuch Ulbrichts, wurde bezeichnenderweise mit der feierlichen Kranzniederlegung am Ehrenmal für die Gefallenen des Suez-Feldzugs von 1956¹⁴, dem Symbol der VAR für den Kampf gegen Imperialismus und Kolonialismus, abgeschlossen.

[gez.] Müller

Ministerbüro, Bd. 220

Fortsetzung Fußnote von Seite 433

rung den Besuchsverlauf im übrigen. Sie werden jedoch gebeten, unsere Empörung über die verleumderischen Angriffe Ulbrichts in Gesprächen zum Ausdruck zu bringen.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 198; Referat I B 4, Bd. 143.

¹¹ Abdel Hakim Amer, Zakaria Mohiedin, Hussein El Shafei, Hassan Ibrahim.

¹² Zur Einladung des ägyptischen Präsidenten in die DDR und zur Annahme dieser Einladung durch Nasser vgl. die Gemeinsame Erklärung vom 1. März 1965 über den Freundschaftsbesuch des Staatsratsvorsitzenden Ulbricht in der VAR; AUSSENPOLITIK DER DDR XIII, S. 858.

¹³ Mohammad Farid Toulane.

¹⁴ Zur Suez-Krise von 1956 vgl. Dok. 112, Anm. 17.